

Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau
Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau
Band: 121 (2009)

Artikel: Frontismus und bürgerliche Politik in Muri AG 1933-1942
Autor: Holzer, Tobias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-391266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frontismus und bürgerliche Politik in Muri AG 1933–1942

TOBIAS HOLZER

*«Die Gemeindebehörde ist nicht dazu da,
[...] Belehrungen entgegenzunehmen.»*

Am 6. September 1942 hält der Migros-Direktor Heinrich Rengel im «Löwen» in Muri vor 120 Personen eine Rede zu seiner Bewegung mit dem Namen «Eidgenössische Kampfpartei».¹ Die EKP ist die einzige frontistische Gruppierung, die sich im Freiamt² eine gewisse Resonanz verschaffen kann. So hat die Nationale Front – mit einem Höchststand von 9200 Mitgliedern im Jahr 1935 die wichtigste Schweizer Organisation³ ihrer Art – zu ihrer besten Zeit über rund 40 aargauische Ortsgruppen in den Bezirken Baden, Brugg, Zurzach, Aarau und in Teilen des Fricktals verfügt.⁴ Im Freiamt ist es ihr aber nicht gelungen, Fuss zu fassen. In der Literatur ist 1935 eine Versammlung erwähnt, die prompt auch in einem Tumult geendet hat.⁵ Wenn man Basis und Werdegang der relevanten nationalsozialistisch inspirierten Bewegungen in der Schweiz betrachtet, erstaunt diese frontenspezifische Resistenz allerdings nicht.

Beat Glaus («Die Nationale Front») und Walter Wolf («Faschismus in der Schweiz») haben bereits 1969 die beiden immer noch aktuellen Standardwerke zu den frontistischen Bewegungen in der Schweiz verfasst. Bei den Fakten um die Gründung und den gesellschaftlichen Hintergrund der rekrutierten Mitglieder ist die Geschichtsforschung weitgehend einer Meinung. So hält Glaus fest, dass die «deutschweizerische Erneuerungsbewegung der Dreissigerjahre [...] zu einem wesentlichen Teil von der Universität Zürich»⁶ ausging. Insgesamt konnte der Universität damals aufgrund der Herkunft ihrer Studenten ein bürgerlicher, freisinniger und reformierter Hintergrund zugesprochen werden: «Die allem neuen aufgeschlossene Atmosphäre und die rasche Entwicklung der Stadt sorgten dafür, dass gewisse Zeitströmungen relativ schnell aufgegriffen wurden.»⁷ Der entwickelte ideologische Hintergrund, der die Basis für die Entstehung der wichtigsten Erneuerungsbewegung legte, unterscheidet sich diametral von demjenigen des Freiamts. Wenn Glaus von einem vornehmlich bürgerlichen, freisinnigen und reformierten Anstrich spricht, muss man in der Gegend um Muri vom genauen Gegenteil, einer landwirtschaftlich geprägten, katholisch-konservativen Umgebung, ausgehen.

So war es für die Fronten in den Zentralschweizer Kantonen denn auch bedeutend schwieriger, Fuss zu fassen, als in urban geprägten Regionen der Kantone Zürich, Schaffhausen oder Aargau. Laut Wolf kann dies mit der «zum Teil bäuerlichen Struktur dieser Gebiete zusammenhängen. Die eher konservativ gesinnte Bevölke-



Das Hotel Löwen am Nordklosterrain wurde von 1912 bis 1948 betrieben. 1949 wird das Haus abgerissen. Rechts erkennt man die Klosterkirche.



Im «Löwen» findet 1942 die einzige in den Quellen überlieferte öffentliche Frontenversammlung in Muri statt. 120 Personen nehmen teil.

rung verhielt sich zurückhaltend gegenüber der frontistischen Modetorheit».⁸ Dass sich insbesondere der Bezirk Muri nicht nur aufgrund der katholischen Konfession, sondern auch im Bezug auf die politische Zugehörigkeit teilweise bis heute näher der Zentralschweiz als dem Kanton Aargau zurechnet, hat sich denn auch in der Akzeptanz der Frontenbewegung niedergeschlagen.

Rengel ist also das gelungene, woran die Nationale Front gescheitert war. Er hat sich mit seiner Eidgenössischen Kampfpartei in den Gebieten um Muri eine Basis erarbeiten können – notabene zu einer Zeit, als die beiden Frontenfrühlinge 1933 und 1940 bereits der Vergangenheit angehörten. Was war das für eine Gruppierung, und wer war ihr Anführer? Willi Gautschi, dessen Erkenntnisse über die frontistischen Verwirrungen in der «Geschichte des Kantons Aargau» elementar für jede lokalhistorische Untersuchung sind, bemerkt in seiner relativ ausführlichen Beschreibung, dass die im Oktober 1940 von Rengel gegründete EKP «im gesamtschweizerischen Zusammenhang des Fronten-Nachsommers kaum beachtet wurde».⁹ Ihr Gründer, Heinrich Rengel, war Kaufmann und Geschäftsführer der Migros Basel und im Zusammenhang mit der Region Muri ungleich wichtiger: Er war Kommandant der ersten Kompanie des Füsilier-Bataillons 46, auch Freiämter Bataillon genannt. Darauf nimmt Gautschi direkt Bezug: «Eine Zeitlang schien Rengel eine kommende politische Grösse zu sein. Im Rekrutierungsgebiet des Freiämter Bataillons 46 gewann er vorübergehend erstaunlichen Anhang.»¹⁰ Die Polizeistation Muri versieht die Übersendung einer ersten Mitgliederliste ans Polizeikommando Aarau, die zehn Namen enthält, denn auch mit dem Zusatz: «Bei den meisten Mitgliedern handelt es sich um Soldaten welche beim Präsidenten der EKP, Herrn Hauptm. Rengel, Kdo der Füs. Kp. I/46 Dienst tun.»¹¹ Neben einem Versicherungsagenten, einem Maurer und einem Bauarbeiter sind sämtliche Mitglieder mit der Bezeichnung «Hilfsarbeiter» beruflich charakterisiert. Am 10. September 1942 rapportiert der Polizeiposten Boswil, dass alle elf EKP-Mitglieder aus Boswil und Bünzen im Füsilierbataillon 46 ihren Aktivdienst leisten.¹²

Rengels Einfluss zeigen vor allem die gut besuchten Veranstaltungen der EKP – neben der oben erwähnten Veranstaltung in Muri redet er am 15. März in Bremgarten vor 200 Personen.¹³ Laut dem Bundesratsbericht über antidemokratische Umtriebe sollen der EKP 1200 Mitglieder angehört haben.¹⁴ Diese Zahl ist nicht zu überprüfen, scheint aber übertrieben.

Bei der Bewertung der erfassten EKP-Mitglieder durch die Murianer Behörden ist man sich nicht ganz einig. So hat Gemeindeschreiber B. ein Schreiben an das Polizeikommando mit dem Zusatz versehen, «der Ortsgruppe Muri, [würden] Elemente [... angehören], die nicht gerade Anspruch auf standhafte Schweizer machen können, nicht zu den Arbeitswilligen gehören und auch deren Lebenswandel nicht erhaben sei».¹⁵ Gemeindeammann Müller gibt bei der Überprüfung dieser Angaben aber zu Protokoll, «dass er gegen diese Personen in keiner Weise etwas auszusetzen habe».¹⁶ Für den Verfasser des Rapports scheint klar: «Herr Gemeindeschreiber B.

hat das Schreiben etwas würzen wollen und hiebei Sachen angeführt, die entweder gar nicht, oder nur wenig zutreffen.»¹⁷ Die Bemerkungen des Gemeindeschreibers lassen vermuten, die EKP sei vom Murianer Establishment nicht mit Wohlwollen bewertet worden. In den Akten des Polizeikommandos findet sich der Kommentar eines Polizeibeamten von Boswil, der in die gleiche Richtung zielt: «Allgemein wird diese Partei von der Bevölkerung nicht ernst genommen, die Akteure sind auch meist Leute, die in der Gesellschaft als Aussenseiter bekannt sind oder dann in Milieu's [sic!] verkehren, die unter der recht denkenden Bevölkerung keine grosse Anhängerschaft zu erwarten haben.»¹⁸ Bezeichnenderweise traut der Autor dieses Reports den EKP-Anhängern durchaus regierungsfeindliche Aktionen zu. Er schliesst seinen Bericht mit dem Satz: «Es ist gefährlich, im Freiamt den Revolutionsgedanken durch einen Offizier wie Rengel, in das Volk tragen zu wollen, wo der Boden für solche Aktionen traditionsgemäss sehr geeignet ist [...].»¹⁹

Rengel hat diese feindliche Gesinnung erfasst und verwendet sie als Teil seiner Rhetorik. So beklagte er sich darüber, dass man die Mitglieder seiner Partei als Radaubröder und Gesindel bezeichne und gab dazu folgenden Rat: «Lasst euch ansucken [...] nur noch zuwarten, bis zur Nachkriegszeit, es wird die Zeit kommen, wo wir nach Bern gehen, die Partei ist geboren für die Nachkriegszeit, dann wird sie eine grosse Rolle spielen.»²⁰

Politische Ziele und frontistische Elemente der Eidgenössischen Kampfpartei

Die politischen Ziele der EKP herauszukristallisieren und in einen erweiterten Kontext zu setzen, erweist sich als nicht ganz einfach. Einerseits müssen sie aus den Polizeiprotokollen und den vorhandenen Exemplaren des Propagandablattes «Fahnenpost» entwickelt werden. Andererseits sieht Rengel in einem strukturierten Parteiprogramm keine Notwendigkeit: «Dem Vorwurf an die EKP, sie habe ja gar kein positives Parteiprogramm», stimmt er [Anmerkung T. H.: Rengel] zu. [...] Sie habe kein Programm, dagegen habe sie Kampfziele und daher der Name *Kampfpartei*.»²¹ Einige dieser Kampfziele werden in den Flugblättern immer wieder genannt und teilweise gebetsmühlenartig wiederholt, sie aber in einer homogenen Programmatik zusammenzufassen, die den zeitgenössischen politischen Mustern einigermaßen entsprechen würde, ist ausgesprochen schwierig.

Im Mittelpunkt der politischen Bemühungen – für eine klassische Frontenbewegung ungewöhnlich – steht die soziale Stellung des Schweizer Arbeiters und Soldaten. Der Bundesratsbericht hält dementsprechend fest, dass «ihr [Anmerkung T. H.: die EKP] ursprünglicher Zweck [...] die Schaffung einer Schutzorganisation für entlassene Wehrmänner gewesen sein» soll.²² Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, dass «nationalbewusste, von wirklichem Schweizergeist durchdrungene Eidgenossen materielle und geistige Not leiden, nur weil es noch niemand fertiggebracht hat, ihnen das Recht auf Arbeit zu verschaffen».²³ Neben der Forderung «Arbeit und gerechten Lohn für alle»²⁴ wird Kritik am Kapitalismus formuliert, die der kommunistischen in

nichts nachsteht. So auch beim Aufruf der Fahnenpost zur 1.-Mai-Feier: «Die Geschichte hat es bewiesen, dass das Kapital als Macherin der Politik immer wieder Fehler begeht und das Volk jeweils von unten herauf die Führung an sich reißen musste. Ist der heutige Weltkrieg vielleicht etwas anderes als das grauenhafte Produkt einer sich zum xten Male wiederholenden kapitalistischen Misswirtschaft?»²⁵

Neben dieser oft unspezifischen, von einer diffusen Ideologie geprägten Polemik strebte man auch konkrete Ziele an. Laut «Fahnenpost» forderte man vom Bundesrat, «der Ueberschuss der Lohnausgleichskassen solle seinem ursprünglichen Zwecke zugeführt, das heisst für notleidende & kinderreiche Familien verwendet werden».²⁶ Vereinzelt wird sogar der direkte Kontakt mit den Sozialpartnern gesucht. Am 25. März 1942 schreibt der EKP-Arbeitsausschuss einen offenen Brief an die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bühle & Co., in dem die Lohnpolitik kritisiert und eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten gefordert wird.²⁷ Als weiteres Postulat wird die «sofortige Wegsteuerung sämtlicher Kriegsgewinne» genannt.²⁸

In den meisten Quellen ist das Bedürfnis zu spüren, sich mit aller Kraft von den Fronten abzugrenzen. So gibt Rengel an einer Versammlung in Wohlen die Bekämpfung der Fronten als erstes von insgesamt acht protokollierten Zielen an. Als neue politische Bewegung ist es allerdings naheliegend, sich als Alternative zu den bestehenden politischen Kräften anbieten zu wollen. So versucht sich Rengel auch krampfhaft von der kommunistischen und den dominierenden Parteien zu distanzieren. An einer Versammlung in Bremgarten richteten sich die Angriffe Rengels in erster Linie gegen die sozialistische Bewegung, «aber auch die freisinnige und katholisch-konservative Partei sowie der Landesring blieben, wenn auch in etwas loyalerer Weise, nicht unverschont».²⁹ Der Einschub des Beamten «wenn auch in etwas loyalerer Weise» hängt wohl damit zusammen, dass es Rengel als Migros-Direktor offenbar nicht gewagt hat, gegen den politischen Arm seines Arbeitgebers die grobe Polemik zu verwenden. Namentliche Erwähnung fand bei diesem politischen Rundumschlag BGB-Nationalrat Roman Abt aus Bünzen: «Ein besonderes Kränzchen wurde auch Hr. Dr. Roman Abt gewunden, weil dieser in einer Versammlung geäussert haben soll, es werde diesem Neuling [Anmerkung T. H.: Rengel] der Kopf abgedreht, bevor er zu mächtig auftreten könne.»³⁰ An Kritik aus den bürgerlichen Reihen musste sich Rengel gewöhnen. So beklagte er sich einmal: «Die katholisch konservative Partei werfe ihnen vor, sie seien <noch mehr rechts eingestellt>».³¹

Die restlichen sieben Parteiziele führen von der Einführung einer Altersversicherung über die Festigung des christlichen Glaubens bis zur Anpassung der Politik an die neuen Verhältnisse in Europa.³² Dieses «neue Europa» ist auch in frontistischen Texten ein zentraler Topos: «Die Frontisten drückten sich gleichsam in <Chiffren> aus. Sie redeten vom <neuen Europa> und dachten dabei an das deutsche Imperium.»³³ Aber auch im nationalsozialistischen Sprachgebrauch spricht man von der «europäischen Neuordnung».³⁴ Dass die «Festigung der demokratischen Staatsform» auch zu den EKP-Zielen gehört hat, sei nur am Rand erwähnt.

Als zentrales Anliegen wird von der EKP die Todesstrafe für Landesverräter gefordert. Offenbar hat man Henri Guisan diesbezüglich kontaktiert und mit dem Verweis auf «die Trennung der Gewalten und die in <Friedenszeiten> geltenden Gesetze»³⁵ eine negative Antwort erhalten. In der Publikation dieser Replik wird die Trägheit der Gewaltentrennung in einem politischen Geschäft, dessen Wichtigkeit vorher derart betont wurde, zumindest implizit kritisiert. Immerhin, und das ist doch ein wesentlicher Unterschied, will man sich von den Landesverrättern, im Gegensatz beispielsweise zum Redaktionsteam der «Front», distanzieren.³⁶ Diese Abgrenzung wird allerdings im nächsten Abschnitt des gleichen Flugblatts relativiert. Es folgt eine Apologie für den nicht wiedergewählten Instruktionsobersten Gustav Däniker. Die rhetorische Frage, «Was hat dieser tüchtige Offizier getan, dass er auf diese Art und Weise, ein wenig verschleiert, nicht etwa offen zum Landesverräter gestempelt wird?»,³⁷ wird umgehend selbst beantwortet: «Er hat *mutig und offen* die tatsächlichen Zustände in Wort und Schrift dargetan und die für die Schweiz nötigen Folgerungen gezogen. Das ist in den Augen gewisser Interessenpolitiker ein Verbrechen. Hauptsächlich jene Leute, die vor noch nicht allzu langer Zeit [...] ihr Heil in der Internationalen gesehen und Vaterland und Armee systematisch bekämpft haben, gebärden sich heute als Schildhalter und Hüter unserer Demokratie und unseres Schweizerlandes!»³⁸

Mit Wort und Schrift ist wohl Dänikers «Denkschrift über Feststellungen und Eindrücke anlässlich eines Aufenthaltes in Deutschland» gemeint. Diese bildete aufgrund der als «anpasserisch» beurteilten Gesinnung die Grundlage für seine Entlassung aus dem Staatsdienst. Keller geht davon aus, dass die Armeeführung dieses Papier zum Anlass nahm, sich von «einem unliebsamen und unbequem gewordenen Offizier» zu trennen.³⁹ Trotzdem will Keller «Dänikers Ansichten und Handlungen keineswegs rechtfertigen oder gar seine Person rehabilitieren. Zu sehr waren seine Ansichten mit der zu verachtenden Ideologie des Nationalsozialismus verknüpft».⁴⁰ Däniker hatte verschiedene Berührungspunkte mit den Fronten. So stellten sich «die frontistischen Kreise [...] gegen alles, was ihm verhasst war, gegen den Liberalismus und die parlamentarische Demokratie».⁴¹ Ausserdem waren ihr Bekenntnis zum «neuen Europa» sowie ihre «Forderung, die Schweiz könne sich dem Gesamtschicksal dieses Erdteils nicht entziehen und müsse am Aufbau eines geeinigten Europas mitarbeiten»,⁴² Teil von Dänikers Gedankengut.

Die Forderung, Landesverräter zu erschiessen, verbunden mit der Rehabilitation eines Offiziers mit tendenziell frontistischem Gedankengut illustriert, woher Rengel einen potenziellen Dolchstoss kommen sieht: Primär von jenen Leuten, «die vor noch nicht allzu langer Zeit, als die Konjunktur noch günstig war, ihr Heil in der Internationalen gesehen [...] haben».⁴³ Der antibolschewistische Ton setzt sich fort: «Oder zittern die verantwortlichen Behörden vielleicht schon vor der illegal kämpfenden und wühlenden Kommunistischen Partei [...], [die] den Fall Oberst Dänikers forderte und Herrn Oberst Frey auf den Schild erhob?»⁴⁴ Am Schluss dieser

«Fahnenpost» steht bezeichnend der Satz: «Die Geschichte wird lehren, auf welcher Seite das Recht war!»⁴⁵

Stimmen aus dem frontistischen Dunstkreis waren für Rengel nicht nur unproblematisch, er bezeichnete sie personifiziert durch Däniker als «mutig», «offen» und «tüchtig». Auf der anderen Seite wurde ein kommunistischer Feind skizziert, der illegal «kämpft» und «wühlt». Dass Rengel im Frühling 1942 die Gefahr von links kommen sieht, lässt vermuten, er habe frontistische Freund- und Feindbilder unreflektiert übernommen. Der grafisch hervorgehobene Schlusssatz nimmt zudem einen Topos auf, der im zweiten Frontenfrühling wiederholt bemüht wurde, um allerlei frontistische Forderungen zu legitimieren. Der erwartete und teilweise erhoffte militärische Sieg des Dritten Reiches sollte die Verhältnisse auch in der Schweiz nachhaltig ändern und den durch die Demokratie zurückgebundenen frontistischen Kräften die politische Macht verschaffen, die ihnen bis dahin verwehrt geblieben war.⁴⁶

In einen ähnlichen Kontext muss die Aufforderung an die Murianer Anhängerschaft, sich nur ansputzen zu lassen, gestellt werden. In der Nachkriegszeit wird man nach Bern gehen können, um die Rolle zu spielen, die einem noch verwehrt wird. Die martialische Aussage, die an der gleichen Veranstaltung protokolliert wird, lässt denn auch die Stossrichtung dieser Bewegung vermuten: «Es kommt nicht darauf an, dass wir 10 000 Mitglieder haben, aber es kommt darauf an, dass wir 5000 haben, die einmal bereit sind zu schiessen [...]. In der Nachkriegszeit entscheidet etwas Neues, nicht die alten Parteien. Wenn wir heute noch in den Militärdienst gehen, dann gehen wir um uns zu stählen, [...]. England wird nicht fähig sein, falls es auch siegt, in Europa Ordnung zu schaffen. In diesem Moment wird aber die E. K. P. dastehen. Unsere Fahne wird bleiben.»⁴⁷ Obwohl Rengel den Kriegsausgang explizit offen lässt, zeigt dieser kurze Ausschnitt drei zentrale Erkenntnisse zur EKP-Programmatik:

- Eine innenpolitische Erneuerung steht bevor.
- Im Militärdienst will man sich primär für die Nachkriegszeit «stählen», um dann die parteieigenen Interessen durchsetzen zu können.
- Die Gruppierung wird auf militante Aktionen vorbereitet.

Der letzte Punkt soll vielleicht die verhältnismässig kleine Parteistärke relativieren. Im Hinblick auf die militärische Funktion Rengels ist diese Argumentationsweise gleichwohl untragbar. Trotzdem kommt das Eidgenössische Militärdepartement anlässlich einer Untersuchung zum Schluss, dass Rengels Ansichten in etwa mit denen des Vaterländischen Verbandes kongruieren würden und nicht staatsgefährlich seien.⁴⁸

Immer wieder wird in der EKP-Propaganda von der Säuberung der Schweiz gesprochen.⁴⁹ Wie eine solche aussehen und wen sie betreffen soll, wird nicht erläutert. Sind die regelmässig angeprangerten «Parteibonzen» und «Federfuchser» das

Ziel, oder auch die in der EKP explizit nicht gewünschten Juden und Freimaurer? Trotz diesen Restriktionen stellt man bei der Sichtung des Quellenmaterials fest, dass Antisemitismus Teil des Gedankenguts ist, in der Programmatik aber keine dominante Rolle spielt. Obwohl auch antisemitische Ausfälle vorgekommen sind. So hat Rengel «den mit ihrem Goldblock nach Amerika abgedampften Juden [...] ein besonderes Kränzchen gewunden».⁵⁰ Er war zudem überzeugt, «dass diesen <Helden> bei ihrer allfälligen Rückkehr kein Aktivsoldat 1939/41 mehr Spalier stehen werde».⁵¹ Der zweite Fall betrifft einen unbekanntem Redner an einer EKP-Versammlung in Merenschwand. Der überwachende Polizist bemängelt, dass der EKP-Sprecher zu verschiedenen Bereichen widersprüchliche Aussagen gemacht habe. So auch zu den Juden: «Er schimpfte über die Juden, verurteilte aber das Vorgehen gegen dieselben durch das Ausland [...]».⁵² Aufgrund dieser unabhängig voneinander protokollierten Aussagen ist evident, dass es sich nicht um rassistischen, von den Nationalsozialisten propagierten Antisemitismus handelt, sondern um eine Form, die sich an den religiös motivierten Antijudaismus anlehnt. Ein starkes Indiz dafür sind auch Rengels Sätze an einer Obmännertagung, der letzten protokollierten EKP-Veranstaltung: «Gegen Juden habe er [Anmerkung T.H.: Rengel] persönlich kaum etwas. Er habe ja bereits schon einmal erklärt, wie sehr es ihm weh getan habe, als er anlässlich eines Aufenthalts in Deutschland die Judenverfolgungen mit eigenen Augen sehen konnte. [...] Mit dem Wort <Juden> habe man weniger die Juden an und für sich als vielmehr die nationalen und internationalen <Geschäftlimacher> treffen wollen.» Die Aufteilung in «guten» und «schlechten» Antisemitismus ist charakteristisch. Dieselben Sätze hätten auch an einem katholisch-konservativen Parteitag protokolliert werden können. Weil Rengel nach eigenen Angaben aber Augenzeuge der Grausamkeiten in Nazi-Deutschland geworden ist, muss ihm das Kokettieren mit antisemitischem Gedankengut zusätzlich zum Vorwurf gemacht werden.

Ein weiterer Topos, der allerdings im vorhandenen Quellenmaterial nur ein Mal vorkommt, ist die Degeneration. So schreibt die Fahnenpost im Juni 1941: «Wir wollen der Degeneration unseres Volkes entgegensteuern. Ein Volk, das zu weich ist und aus lauter Feigheit zu allen Zumutungen Amen sagt, hat heute keine Existenzberechtigung mehr.»⁵³ Auch hier bleibt unausgesprochen, mit welchen spezifischen Massnahmen man diese Degeneration aufhalten will. Der Topos der Degeneration des Volkes wurde vom Nationalsozialismus dazu gebraucht, rassenhygienische Massnahmen zu entwickeln und durchzusetzen. Auch wenn der EKP die Rassenhygiene als Instrument zur Durchsetzung ihrer Programmatik nicht unterstellt werden kann, so lassen Argumentationsstruktur und Terminologie vermuten, dass die nationalsozialistische Ideologie einen Einfluss auf das Gedankengut der EKP-Propagandaverantwortlichen gehabt haben muss.

«Was wir von der künftigen Erziehung verlangen»⁵⁴ steht als Titel über einem weiteren Exemplar der «Fahnenpost». In sieben Punkten werden darauf Forderungen formuliert, die rudimentär unter dem Schlagwort «Schaffung der Grundlagen zu

soldatischem Denken und Handeln»⁵⁵ – dem zweiten Untertitel – zusammengefasst werden können. Ein zentraler Punkt, der auch den Einstieg in das Flugblatt bildet, ist die «Erziehung zur Gemeinschaft».⁵⁶ Unter dem Punkt fünf – «Erziehung zu den Notwendigkeiten des Lebens» – wird ausführlicher darauf eingegangen, was damit gemeint ist: «wobei dem jungen Menschen nicht genug zu Bewusstsein gebracht werden kann, dass er sein Leben vor allem zum Wohle der Gemeinschaft und erstin [sic!] zweiter Linie für seine persönlichen Wünsche und Angelegenheiten einzurichten hat.»⁵⁷ Dabei wird geschlechterspezifisch differenziert. So hat «Soldat zu werden und seinem Lande dienen zu können, [...] dem jungen Schweizer als erstes Ziel seines Lebens zu gelten».⁵⁸ Für die Mädchen dagegen wird eine «spezielle Erziehung» entwickelt, die «sich nicht in einer bloss hauswirtschaftlichen Ausbildung erschöpfen» darf.⁵⁹ Neben der «Freude am Muttersein und Mutterwerden» wird auch eine «Bereitschaft zur Uebernahme dieser Verpflichtungen, wenn nötig auf Kosten von Genuss und Vergnügen» postuliert.⁶⁰ Auffallend an den aufgeführten Postulaten ist die Ausrichtung auf die Gemeinschaft. «Gemeinschaft» ist ein Terminus, der ebenfalls im nationalsozialistischen Sprachgebrauch eine zentrale Rolle gespielt hat. Die Gemeinschaft ist darin kein zusammengewürfelter Haufen lose verbundener Individuen, sondern jedes Mitglied hat darin seinen fest zugewiesenen Platz. Die Parallelen zu den zitierten Textstellen der «Fahnenpost» sind offensichtlich.⁶¹

Bewertung

In der Aufarbeitung der Frontenbewegungen hat die Eidgenössische Kampfpartei in der spärlichen Forschungsliteratur wenig Resonanz erfahren. Wolf handelt die EKP mit einem Satz in den Anmerkungen ab, und Glaus erwähnt sie gar nicht. Im Bundesratsbericht über antidemokratische Tätigkeiten wurde der EKP deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Im Abschnitt über «eine ganze Anzahl kleiner und kleinster rechtsextremer Gruppen»⁶² hält man fest, verschiedene programmatische Ansätze hätten zum Verdacht geführt, «dass es sich auch hier um die Anfänge einer nach dem nationalsozialistischen Deutschland ausgerichteten neuen Bewegung handle».⁶³ Als Beispiele werden im Wesentlichen die Nichtaufnahme von Juden und Freimaurern, die Forderung einer wirtschaftlichen Anpassung an die neuen Verhältnisse und die scharfen Angriffe gegen die Landesregierung genannt. Im Bericht heisst es weiter: «Die aus dem Aktivdienst hervorgegangene Partei [...] betonte vor allem das Soldatische. Sie glaubte, auf diesem Boden die schweizerische Politik in neue Bahnen lenken zu müssen. Diese Einstellung führte andererseits wieder dazu, dass sich ein Teil insbesondere der jüngeren Mitglieder von der deutschen Erfolgspropaganda der ersten Kriegsjahre (Begeisterung für die militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht) beeindruckt liess.»⁶⁴ Nach einer Prüfung der Verhältnisse sei die Bundesanwaltschaft aber zur Überzeugung gekommen, keine Massnahmen gegen die Organisation zu ergreifen. Der Abschnitt wird abgeschlossen mit der Be-

merkung: «Seit Februar 1944 sind keine Meldungen mehr über eine weitere Tätigkeit der EKP eingegangen.»⁶⁵

Auch Gautschi bemerkt, dass «das politische Gebilde [...] zweifellos vor dem Hintergrund der militärischen Erfolge von 1940 zu sehen» sei.⁶⁶ Man kann ihm aufgrund der entwickelten Nachkriegsszenarien, die tendenziell von einem Sieg des Dritten Reichs ausgingen, Recht geben. Gautschis Einschätzung zur Anhängerschaft – es sei auffallend «wie Rengel mit seiner volkstümlichen Rhetorik vor allem jüngere und einfache Gemüter, die sich kaum politisch betätigt hatten, anzusprechen verstand»⁶⁷ – muss man aufgrund der überlieferten Berufsstruktur der EKP-Mitglieder ebenfalls zustimmen. Daraus die Konsequenz zu ziehen, es handle sich hier um einen geschickten «leutseligen» Demagogen und eine ungebildete, manipulierbare Anhängerschaft, ist wohl zu einfach.⁶⁸ Rengel scheint ein ausgezeichnetes Sensorium für die Sorgen seiner Soldaten entwickelt zu haben – im Bundesratsbericht wird wie erwähnt als ursprünglicher Zweck die Schaffung einer Schutzorganisation für entlassene Wehrmänner genannt. Viele der aufgegriffenen Ideen haben eine soziale oder klassenkämpferische Komponente und sind offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen. Man ist versucht zu sagen, dass das Protestpotenzial gegenüber der herrschenden politischen Klasse, das sicherlich zum zwischenzeitlichen Frontenerfolg in der Schweiz einen beträchtlichen Beitrag geleistet hat, aufgrund der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse auch im Freiamt durchaus vorhanden gewesen ist. Rengel gelang es – auch aufgrund seiner Funktion als Kompaniekommandant – dieses Potenzial in einer politischen Bewegung zu kanalisieren, und in einer Zeit, in der die Erneuerer längst in der Defensive waren, auch im Freiamt eine Front zu etablieren.

Die EKP muss trotz ihrer ideologischen Distanz zum Nationalsozialismus als frontistische Bewegung bezeichnet werden. Der Glaube an eine Erneuerung, bei der die innenpolitischen Karten neu gemischt werden, und der Wille, im Notfall das staatliche Gewaltmonopol zu missachten, sprechen eine klare Sprache. Neben antisemitischem Gedankengut findet man Aussagen, die implizit die Gewaltentrennung kritisieren. Einzelne ideologische Topoi des Nationalsozialismus – beispielsweise aus dem Bereich des Sozialdarwinismus – scheinen einen Einfluss auf das Argumentarium der EKP ausgeübt zu haben. Eine weitere Parallele ist der Sprachgebrauch. Es finden sich nicht nur vom Nationalsozialismus aufgeladene Termini wie «Gemeinschaft» oder «Degeneration». Analog zu Wolfs Ausführungen zur Nationalen Front ist auch bei Rengel eine Tendenz zu einer masslosen Sprache festzustellen. Das manifestiert sich neben dem ausgeprägten Hang zu Rundumschlägen gegen «Pessimisten», «Jammerer» und «Spiessbürger» in «persönlichen Anrempelung[en] des Gegners»,⁶⁹ wie in den Fällen von Nationalrat Abt und Bundesrat Von Steiger, aber auch in «überschwänglichem Pathos»:⁷⁰ «In diesem Moment wird aber die E. K. P. dastehen. Unsere Fahne wird bleiben.»⁷¹

Auf eine Eingabe der aargauischen Justizdirektion an das Militärdepartement, die vor allem die politische Tätigkeit des Kompaniekommandanten Rengel wie auch dessen «aufhetzerische Sprache»⁷² kritisierte, wurde von jenem geantwortet, dass «sich Hptm. Rengel keiner Verfehlung (politischer Art) schuldig gemacht habe».⁷³ Der EKP-Vorsitzende bekam die Gelegenheit, anlässlich eines privaten Gesprächs mit Justizdirektor Rüttimann, dem auch Rengels militärischer Vorgesetzter Major Ernst Laube beiwohnte, zu den geäusserten Bedenken Stellung zu nehmen. Dabei zeigte sich, «dass die mündlichen Darlegungen des Herrn Rengel in keiner Weise anstössige oder staatsgefährliche Ziele enthüllten und richtig ist auch, dass sie sich mit den Aeusserungen, wie sie aus den Rapporten hervorgehen, nicht deckten».⁷⁴ Wenn Gautschi schreibt, dass es Rengel immer wieder «gelang, sich gewandt herauszureden»,⁷⁵ stimmt das bei Rüttimann nur bedingt. Der Murianer stand – wie auch Polizeikommandant Zumbrunn⁷⁶ – Rengels Aussagen offensichtlich kritisch gegenüber und verteidigte seine Beamten: «Ich habe nicht die geringste Veranlassung, an der Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit unserer Polizeimänner zu zweifeln.»⁷⁷ Weil Rengel aber «in Aussicht gestellt [hat], dass er hierorts seine Tätigkeit einstellen werde»,⁷⁸ und ihm das Militärdepartement Rückendeckung verschafft hat, konnte er sich dem Zugriff der Justiz wohl rechtzeitig entziehen. Obwohl auch die Bundesanwaltschaft entschieden hat, nicht gegen die EKP vorzugehen, ist ein Hang zur radikalen Militanz offensichtlich. Es ist schwer abzuschätzen, wie sich die EKP bei einem nationalsozialistischen Sieg verhalten hätte.

Die Basis für den zeitweiligen Erfolg der EKP war sicher die Eloquenz und das Charisma ihres Vorsitzenden Rengel. Trotz seiner aggressiven Phraseologie waren seine persönlichen Ziele wohl opportunistischer Natur. Er hatte die EKP gegründet, um aus dem Protestpotenzial politischen Gewinn zu schöpfen und sich für das erwartete neue politische Zeitalter optimal zu positionieren. «Nachdem Rengel erkannt hatte, dass er mit seiner Partei Anstoss erregte, war er nicht bereit, seine militärische und zivile Karriere aufs Spiel zu setzen, und trat einen gedeckten Rückzug an.»⁷⁹ Laut Gautschi ist es wahrscheinlich, dass der Migros-Direktor von Gottlieb Duttweiler zurückgepfiffen wurde. «Rengel betätigte sich jedenfalls später im Landesring der Unabhängigen.»⁸⁰

Politischer Katholizismus, Fronten und Antisemitismus

Die frontistischen Bewegungen hatten, wie eingangs angedeutet, in ländlichen Gebieten Schwierigkeiten, sich auszubreiten. Einerseits hat das, wie von Wolf beschrieben, mit der bäuerlichen Struktur und einer mehrheitlich konservativen Bevölkerung zu tun. Wenn man sich die Situation in Muri vor Augen führt, wird ein zweiter wichtiger gesellschaftlicher Hintergrund evident: die katholische Konfession. Laut der Volkszählung lebten 1941 in Muri 3339 Personen. Davon gehörte ein Grossteil, 2588 Einwohnerinnen und Einwohner, der römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft an. Diese demografische Tatsache wirkte sich unmittelbar auf die politischen Kräfte-

verhältnisse aus. So erreichte die katholisch-konservative Partei bei den Grossratswahlen 1933 im Bezirk Muri mit 9 von 13 Sitzen eine deutliche Mehrheit.

Grundsätzlich gab es zwischen den Katholisch-Konservativen und den Fronten durchaus Gemeinsamkeiten. Nach anfänglichem Wohlwollen hat der politische Katholizismus die Erneuerungsbewegungen aber früh als Repräsentanten des katholikenfeindlichen Nationalsozialismus bekämpft. Kurt Imhof erkennt im katholisch-konservativen Leitblatt «Vaterland» parallel zur Bewertung der nationalsozialistischen Erfolge in Deutschland eine kurz andauernde positive Einschätzung der Frontenbewegung.⁸¹ Neben dem korporatistischen Wirtschaftssystem hätten in dieser Zeit primär die Stärkung der Staatsgewalt mit einer damit einhergehenden Beschneidung der parlamentarischen und referendumsdemokratischen Macht und die Bekämpfung eines grassierenden «Kulturbolschewismus» im Fokus der katholisch-konservativen Partei gestanden. Vor allem die zwei letztgenannten Anliegen hätten die beiden Bewegungen einander näher gebracht.⁸² Die 1931 von Papst Pius XI. in der Enzyklika «Quadragesimo anno» aufgegriffene berufsständische Idee gab der Neuen Front anfänglich die Richtung vor, in welche die Erneuerung der Gesellschaft gehen sollte.⁸³ Ein weiterer Berührungspunkt war zudem ein ausgeprägter Antiliberalismus, der seine Staatsauffassung nicht auf dem Individuum sondern auf den menschlichen Lebensgemeinschaften aufgebaut hat.⁸⁴

Diese affirmative Haltung gegenüber den Fronten änderte sich erst, als sich der Gleichschaltungsdruck auf die katholische Kirche in Deutschland vergrössert hatte und «die nationalsozialistischen Übergriffe gegen das katholische Österreich als Bedrohung hier wie dort»⁸⁵ interpretiert wurden. Die SKVP sieht sich in der Folge zwischen dem liberalen Pol und den antiliberalen Fronten gefangen, wobei «mit beiden Parteien von Fall zu Fall eine Zusammenarbeit möglich»⁸⁶ sei.

Auf den ersten Blick bilden die im frontistischen wie im katholisch-konservativen Lager vorhandenen antisemitischen Strömungen einen weiteren Berührungspunkt. In der Frontenbewegung spielte der Antisemitismus schon früh eine tragende Rolle. Obwohl anlässlich der Volkszählung 1930 der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung nur etwa vier Promille betrug, wurde von der Nationalen Front eine Judenfrage heraufbeschworen und die Idee der «Verjudung der Heimat» aus dem nationalsozialistischen Deutschland adaptiert.⁸⁷ Die Anschuldigungen verschärften sich im Lauf der Zeit bis zum Vorwurf, die Juden seien verantwortlich am Ersten Weltkrieg. «Kurz: der Jude war die Inkarnation des Bösen.»⁸⁸ Laut Wolf übernahm die Nationale Front ihre antisemitischen Forderungen zum Teil wörtlich aus dem Parteiprogramm der NSDAP⁸⁹ und argumentierte damit auf der Grundlage der nationalsozialistischen Rassentheorie: «Der Antisemitismus der Nationalen Front [...] war schon in seinem Ansatz deutscher Import. Seine Grundlage war die nationalsozialistische Rassentheorie.»⁹⁰ Grundsätzlich ist man sich in der Antisemitismusforschung einig darüber, «dass die katholische Kirche und die gläubigen Katholiken den Rassenantisemitismus offiziell ablehnten».⁹¹ Das hatte zur Folge, «dass der Katholi-

zismus und das katholische Milieu einen gewissen Schutz gegen das Eindringen von aggressiven Rassentheorien darboten».⁹²

Diese Resistenz hatte primär zwei Gründe. Einerseits definierte die katholische Lehre die Menschen aus religiöser Perspektive und teilte sie deshalb nicht in die Kategorien Semit und Arier, sondern in die Kategorien Christ und Jude ein. Andererseits lehnte man das «materialistisch-biologistische Menschbild [...], wie es vorab die Evolutionstheorien und der Darwinismus propagierten», ab.⁹³ Zudem war der «moderne Rassismus von einem deutlichen Antikatholizismus geprägt [...], da er die katholische Kirche als Hort der Reaktion betrachtete».⁹⁴ Trotz dieser Ablehnung gab es in katholischen Kreisen massive Ressentiments gegen die Juden: Ihnen wurde der Vorwurf des Gottesmordes angelastet, und bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil gehörte das Bittgebet «Oremus et pro perfidis Judaeis» zur Karfreitagsliturgie.⁹⁵ Lang fasst in seiner Analyse zum katholisch-konservativen Antisemitismus zusammen: «Judenfeindlich waren die meisten Parteiführer, die grosse Mehrheit der Jungkonservativen, die den Frönlern nahestanden, und fast alle katholisch-konservativen Zeitungen.»⁹⁶

Die Ablehnung des Rassenantisemitismus führte in Verbindung zum katholischen Antijudaismus zu einer eigenartigen Konstellation. Rassistisch motiviertes Vorgehen gegen Juden wurde abgelehnt, «weil es auf modernistischer, unchristlicher Ideologie beruhte und weil seine Protagonisten selbst Kirchenfeinde waren; auf der anderen Seite redeten sie [Anmerkung T.H.: katholische Vordenker] umso energischer einem «erlaubten» Antisemitismus das Wort».⁹⁷ Die ideologische Trennung konnte allerdings nur in der Theorie streng eingehalten werden. Um den sogenannten ««Antisemitismus mit erlaubten Mitteln» zu rechtfertigen, [wurde ...] bald auch ungeschminkt rassistisch» argumentiert.⁹⁸ Altermatt geht davon aus, dass «der christliche Antijudaismus [...] direkt oder indirekt dem modernen Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts den Boden» bereitet hat.⁹⁹ Ausserdem habe sich der christliche Antijudaismus durch den modernen Antisemitismus verändert. «Die katholischen Publizisten und Journalisten, Pfarrer und Politiker verbanden nun die traditionell religiös begründete Judengegnerschaft mit den Feindbildern des modernen Antisemitismus, um gegen «Mammonismus», «Weltverschwörung», «Weltherrschaftsstreben» und andere angebliche Eigenschaften des modernen Judentums zu polemisieren.»¹⁰⁰

Das Murianer Lokalblatt «Freischütz» hat sich gegenüber der dominierenden katholisch-konservativen Meinung grundsätzlich kongruent verhalten. Müller hält in seiner «Geschichte der politischen Presse im Aargau» fest, dass der Freischütz «Nach der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933 [...] eine klare demokratische Haltung mit Kritik an jedem Schritt der deutschen Politik Richtung Parteidiktatur» dokumentiert.¹⁰¹ Ebenso hat das Lokalblatt beispielsweise Judenverfolgungen mit heidnischen Christenverfolgungen gleichgesetzt und sie als solche klar verurteilt.¹⁰² Aufgrund der ideologischen Parallelen zu den Katholisch-Konservativen – beispielsweise im gemeinsamen Kampf gegen die Warenhäuser – «ging man im «Freischütz» anfänglich

[gnädig] mit den Fronten um».¹⁰³ Diese Sympathie war allerdings nur von kurzer Dauer, und so «setzte man sich [schon früh] von den Fronten ab».¹⁰⁴ Der oben beschriebene religiös geprägte Antijudaismus war auch im «Freischütz» präsent. Vor allem in Texten über Freimaurer und Kommunisten kommen gängige antisemitische Stereotype immer wieder zum Vorschein.¹⁰⁵ Bezeichnend ist allerdings, dass man sich beim «Freischütz» trotz allgegenwärtiger, teilweise bissiger Kritik an den Logen im Abstimmungskampf zur Freimaurerinitiative vom 28. November 1937 einigermassen neutral verhält. Obwohl ein «unüberbrückbare[r] weltanschauliche[r] Gegensatz zwischen Katholizismus und Freimaurerei»¹⁰⁶ bestehe, folgt man loyal den Vorgaben der katholisch-konservativen Partei – diese hatte die Stimmfreigabe beschlossen. Dabei lassen es sich die Freischützverantwortlichen nicht nehmen, wiederholt Breitseiten gegen die Urheber der Initiative, die Fronten, abzufeuern.¹⁰⁷

Antidemokratische, antiliberale und antisemitische Strömungen in der Murianer Dorfpolitik

Die Ausführungen über die einzige frontistische Bewegung und die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Muri haben gezeigt, dass die nationalsozialistische Ideologie durch die konservative Haltung auf geringe Akzeptanz gestossen ist. Nach der frontistischen Perspektive soll nun die bürgerliche Politik in den Fokus gerückt werden. Wie hat das Murianer Establishment auf die Ideen der Erneuerungsbewegungen reagiert? Inwiefern waren die Hauptpfeiler frontistischer Ideologie – Antiliberalismus, Antidemokratismus und Antisemitismus – in der Murianer Politik präsent? Dabei sollen die Parallelen, aber auch die Unterschiede zur Gesinnung der Erneuerer freigelegt werden.

Der Gemeinderat Muri setzte sich in den Jahren 1933 bis 1942 ausschliesslich aus Mitgliedern der katholisch-konservativen und der freisinnigen Partei zusammen. Erstaunlicherweise konnten die Katholisch-Konservativen keine Mehrheit etablieren. Bei den Wahlen 1937 wurde der katholisch-konservative Fischer durch den freisinnigen Unternehmer Robert Wild ersetzt – damit dominierte eine freisinnige Mehrheit, die den konfessionellen und somit politischen Verhältnissen nicht entsprach. Schon in der Wahl 1941 wollte man diesen katholisch-konservativen Betriebsunfall wieder gut machen. Eingeleitet wurde der hart geführte Wahlkampf durch einen Artikel des katholisch-konservativen Lokalblatts «Freischütz» mit dem viel-sagenden Titel «Der Teufel reitet». In dieser 15-zeiligen Publikation wird Gemeinderat Wild nicht direkt angegriffen: Der Einleitung «Der Teufel reitet mit besonderer Vorliebe auf dem Pferd der Gleichgültigkeit»¹⁰⁸ folgt die simple Feststellung, dass «Ueber 90 Prozent der Einwohner von Muri [...] katholisch»¹⁰⁹ seien und darum eine katholisch-konservative Mehrheit im Gemeinderat die logische Folge sei. Gebetsmühlenartige Aufrufe schliessen den Artikel ab: «Denkst Du katholisch, dann handle katholisch! Katholisch sein, heisst auch bei der Wahl seinem Gewissen zu gehorchen. Handle katholisch und damit gerecht.»¹¹⁰

Der politischen Initialzündung des «Freischütz» folgt eine Reihe von Flugblättern, die aufzeigen, welche Argumentationsstrukturen den Wahlkampf in Muri zu dieser Zeit dominiert und wie die beiden grossen Parteien sich voneinander abgegrenzt haben. So will ein Flugblatt wegen der Wahlniederlage von 1937 die «Konkordanz» sprengen: «Das Gewissen zwingt uns, heute wieder gut zu machen, was damals verschuldet wurde.»¹¹¹ Man sprach von «verschulden» und meinte dabei den politischen Gegner: «Die gemachten Erfahrungen mit der freisinnigen Partei veranlassen uns, diesmal *nur* für *unsere* Kandidaten einzustehen.»¹¹² An Repliken zu diesen Publikationen hat es nicht gefehlt. So drückten «katholische Arbeiter» ihr Bedauern über «die leichtsinnige Herausarbeitung konfessioneller Pflichten gegenüber Behördemitgliedern, die sich nicht zum kk.Parteiideal bekennen, aber aus tiefster Ueberzeugung am Wohlergehen der Gemeinde arbeiteten», aus.¹¹³ Argumentiert wird auch damit, dass Wild «jährlich hunderttausende von Franken an Arbeitslöhnen ausgegeben» habe.¹¹⁴ Die dominante Fokussierung auf die Konfession und die meist damit korrelierende parteipolitische Zugehörigkeit soll aufgebrochen werden – dazu wird auf Wilds Lohnausschüttungen hingewiesen. Mitglieder der protestantischen Minderheit sehen sogar die Gefahr eines konfessionellen Unfriedens: «Protestantische Wähler» rufen die Katholiken von Muri auf, zu entscheiden, «ob [... sie] einigen unverantwortlichen Hetzern Gefolgschaft leisten und einen konfessionellen Unfrieden in die Gemeinde tragen» wollen.¹¹⁵ Andere «katholische Wähler» greifen den «Freischütz» direkt an: «Lieber Artikelschreiber im Freischütz! Einen bedauerlichen Schnitzer hast Du mit Deinem teuflischen Artikel im Freischütz geleistet. Nicht der protestantische Gemeinderat Wild reitet den Teufel [sic!], vielmehr sind es jene extremen Bonzen – zu denen natürlich auch Du gehörst – die den Teufel als ihr Steckenpferd zu reiten pflegen.»¹¹⁶

Trotz allen Bemühungen wurden die drei freisinnigen Gemeinderäte wieder gewählt. Bemerkenswert am untersuchten Wahlkampf ist die völlige Absenz frontistischer Elemente. In Muri wurden die Wahlkampagnen offensichtlich weder mit frontistischen noch mit sonstigen Themata der rechtsbürgerlichen Politik geführt. Glaubt man den vorhandenen Quellen, so fokussierte sich alles auf die Hegemonie der katholisch-konservativen Partei. Die Murianer Wahlkampfretorik illustriert, was für die Politik und das dominierende Gedankengut auf kommunaler Ebene in Muri wohl bezeichnend ist: Während andernorts um neue Demokratiemodelle gestritten wurde, zeigte der seit Jahrzehnten beendete Kulturkampf zwischen den liberalen und katholisch-konservativen Kräften in der Freiämter Metropole eine ungebrochene Präsenz.

Auch in den Gemeinderatsprotokollen der Jahre 1933 bis 1942 sind keine explizit dem Frontismus zuzuschreibende Topoi aufgetaucht. Weil alle Mitglieder des Gremiums den beiden dominierenden bürgerlichen Parteien angehörten und deshalb eine institutionalisierte Verbindung zu einer Erneuerungsbewegung nicht existiert hat, ist das nicht weiter erstaunlich. Dass sich die frontistische Ideologie per se

nicht in den Köpfen der Murianer Gemeinderäte niedergeschlagen hat, ist nur die eine Seite. Wie zu erwarten war, zeigten sich programmatische Elemente der äussersten Rechten wie Antiliberalismus, Antisemitismus oder Antidemokratismus auch in Muri.

Am 30. April 1934 wird die Anfrage der Aargauischen Bauernhilfskasse bezüglich eines Hilfsgesuchs von M. L., einem Murianer Bauern, bearbeitet. Der Gemeinderat soll einen Leumund von M. erstellen, um eine korrekte Bewertung des Gesuchs zu gewährleisten. Obwohl die Arbeitsmoral des Landwirts positiv bewertet wird, kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass dessen Notlage «nicht unverschuldet» sei.¹¹⁷ So habe er über seine Verhältnisse hinaus bauliche Verbesserungen vorgenommen und Vieh gekauft. M. könne oder wolle nicht rechnen und gehe von Anfang an davon aus, «dass er seine Gläubiger doch nicht befriedigen könne».¹¹⁸ Die Bevölkerung hätte deshalb kein Verständnis, wenn M. seine Schulden erlassen würden. «Der Grund der finanziellen Notlage liegt in der Ueberbezahlung von Grund und Boden und verhältnismässig zu hoch gespannten Bauauslagen. Auch ist zu sagen, dass M. von den <Juden> immer viel zu teures Vieh kauft. Wenn jemand von den Gläubigern [...] einen Vorteil zieht, so sind es die Viehhändler B. und andere. Dagegen haben unsere Handwerker, die dem Manne vertraut haben [...] das Nachsehen.»¹¹⁹ Der Gemeinderat empfahl aus diesen Gründen der Bauernhilfskasse, dem Gesuch nicht stattzugeben.

In dieser Aktennotiz sticht das Stereotyp des betrügerischen jüdischen Viehhändlers ins Auge. Wobei sich der Gemeinderat insbesondere daran stört, dass die Viehhändler – wohl aufgrund von sofortiger Barzahlung beim Kauf – im Gegensatz zu «unseren» vertrauensseligen Handwerkern keine Konsequenzen aus der Zahlungsunfähigkeit des Bauern zu tragen hätten. Es ist evident, dass der Gemeinderat an dieser Stelle dieses antisemitische Stereotyp unreflektiert übernommen hat. Bereits die ebenfalls aus dem gewerblich-bürgerlichen Milieu stammende Heimatwehr hatte die Viehhändler ins Visier genommen und «glaubte die Juden als Schuldige für die Bauernnot»¹²⁰ ausgemacht zu haben. Bezeichnend ist auch die formale Hervorhebung des Wortes Juden durch eine Anführung. Was der Protokollführer damit genau ausdrücken wollte, ist schwer rekonstruierbar. Streng nach Regel werden Anführungen neben der direkten Rede verwendet, wenn man über den angeführten Teil eine Aussage machen will. Termini werden auch angeführt, wenn man einen nicht genau zutreffenden Ausdruck verwendet. Offensichtlich war man sich bewusst, dass diese Generalisierung problematischen Charakter hat. Im untersuchten Murianer Archivbestand ist diese antisemitische Äusserung einzigartig. Auch diese Tatsache löst allerdings kein Erstaunen aus, wenn man bedenkt, dass 1910 das letzte Mitglied der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Muri als Einwohner gemeldet war.

Ein weiteres zentrales programmatisches Element der autoritären Rechten der 1930er- und 40er-Jahre war, wie einleitend erläutert, die Ablehnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Liberalismus. 1936 bestanden Pläne, in Muri die Filiale

einer in Wohlen domizilierten Firma namens Gerva AG zu gründen – aufgrund des immer wiederkehrenden Vergleichs mit der Migros muss es sich um einen Grossverteiler gehandelt haben. Um das einheimische Gewerbe zu schützen, sollte der Gemeinderat laut einer Eingabe des katholisch-konservativen Grossrats Kuchler, auf den später näher eingegangen wird, «mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Gründung Stellung nehmen».¹²¹ Obwohl der Gemeinderat anerkennt, dass die Eingabe «keinerlei positive Anhaltspunkte [enthält], die eine Ergreifung irgendwelcher Massnahmen ermöglichen würden»,¹²² zeigt er sich dem Anliegen gegenüber nicht unverständlich. Im Gegenteil: «Der Gemeinderat beschliesst, der Sache die volle Aufmerksamkeit zu schenken und Herrn Dr. Kuchler zu ersuchen, der Gemeindebehörde all das zur Verfügung zu stellen, was die Ergreifung gesetzlicher Massnahmen zum Schutz des einheimischen Gewerbes ermöglicht.»¹²³ Man ist zwar davon überzeugt, dass die Eingabe keine juristische Grundlage besitzt, entscheidet sich aber, alle Möglichkeiten abklären zu lassen, um zugunsten des einheimischen Gewerbes protektionistisch eingreifen zu können.

Rund zwei Wochen später scheint sich die Gründung der Gerva-Filiale zu konkretisieren. Der Murianer Gemeinderat kommt nach seinen Abklärungen nicht überraschend zu folgendem Schluss: Durch «die vorliegende Preisliste dieser Filiale, [...], sowie durch die in Wohlen getätigten Einkäufe» stehe einwandfrei fest, «dass die Filiale in Muri eigentliche Artikel der Migros A.G.»¹²⁴ verkaufe. «Trifft dies aber zu, so ist die gesetzliche Grundlage zur Verhinderung des Geschäftsbetriebs der Filiale in Muri zum Schutz des einheimischen Gewerbes gegeben. Der Gemeinderat beschliesst daher, der Direktion des Innern die sofortige Schliessung der Gerva A.G. Wohlen zu verfügen.»¹²⁵

Den Recherchen scheint es allerdings an Faktentreue zu fehlen. Prompt wird die Gemeinde vom Regierungsrat zurückgepfiffen und die von der Murianer Behörde beantragte Schliessung abgelehnt, «da die Filiale ohne behördliche Bewilligung habe eröffnet werden dürfen».¹²⁶ Im Weiteren könne «Auf eine Eingabe des Aktionskomitees der Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien und Metzgereien, wonach den Angestellten der Gemeinde und den Arbeitslosen der Einkauf bei der Gerva A.G. untersagt werden soll»,¹²⁷ nicht eingetreten werden, weil die im «Hause R. eröffnete Verkaufsfiliale als mit den gesetzlichen Vorschriften im Einklang stehend anerkannt ist».¹²⁸ Vor dem Hintergrund der Depression scheint es in Muri keinen Platz für wirtschaftlichen Liberalismus zu geben. Diese Haltung manifestiert sich auch – ohne auf konkrete Fälle eingehen zu können – in einer äusserst restriktiven Bewilligungspraxis für Dienstleister aus der Unterhaltungsbranche wie Schausteller und Wanderkinobetreiber.

Anfang 1937, als die juristischen Streitereien bereits entschieden sind, unterstützt auch der «Freischütz» die Bemühungen gegen die Kaufhausgründung. Er stellt den Gegnern der Gerva AG eine Plattform zur Verfügung, um sich gegen die Anschuldigungen eines Flugblatts dieser Firma zur Wehr zu setzen. Den Verfassern

dieser Replik werden zwei der vier Spalten auf der Frontseite zur Verfügung gestellt. Die Schriftgrösse wurde zudem signifikant verkleinert – in den untersuchten Jahrgängen eine einmalige Ausnahme. Die Gewerbetreibenden stellen sich darin als Opfer eines Flugblatts dar, das sich «einer persönlichen und perfiden Sprache» bediene.¹²⁹ Von Neuem wird ein Zusammenhang zwischen der Gerva AG und der Migros konstruiert – im Wissen, dass ein solcher eine Filialgründung juristisch verunmöglicht hätte.¹³⁰ Ausserdem sind die Autoren nicht ganz ehrlich: «Wenn die Gerva AG behauptet, der Regierungsrat des Kts. Aargau habe sich mit dieser Angelegenheit befasst, so sagt sie bewusst die Unwahrheit.»¹³¹ Diese Aussage ist aufgrund der Einträge in den Gemeinderatsakten falsch. Das Ganze wird durch einen flammenden Appell abgeschlossen: «Freiämter, lasst Euch nicht irreführen! Wenn schon von Vögten gesprochen wird, dann passt diese Bezeichnung wohl am ehesten für jene, welche uns die aus der neuen Welt stammenden Methoden aufzwingen wollen! Kaufet weiterhin bei Euren einheimischen [...] Geschäften und nehmet es diesen nicht für übel, dass sie sich gegen die Angriffe auf ihre Existenz zur Wehr setzen.»¹³²

Diese Schlussätze richten sich gegen die Konkurrenz des herkömmlichen Gewerbes, die Kaufhäuser, und suggerieren einen Zwang «aus der neuen Welt» auf den lokalen Wirtschaftsraum. Dieses Argumentarium hatten konservative Kräfte mit den Fronten gemeinsam. Der Freischütz bildet in dieser Situation durch die Bereitstellung von prominentem Publikationsplatz im Verbund mit dem Gemeinderat und Grossrat Kuchler eine zusätzliche Speerspitze gegen die Spielarten des verhassten Liberalismus.

Die von den konservativen Kräften im Grossen angestrebte autoritäre Staatsführung wird vom Gemeinderat Muri im Kleinen mehrheitlich umgesetzt. Die Art, wie die Kommunalführung einzelne Geschäfte der Gemeinde an die Hand zu nehmen pflegt, weist zudem auf ein politisches Selbstbewusstsein hin, das mit Kritik nur schwer umgehen kann. Am 22. Dezember 1941 wird der Entscheid der Direktion des Innern bezüglich einer von L. W. eingereichten Beschwerde besprochen. Darin wurden unkorrekte Abläufe bei der Gemeinderatswahl bemängelt. Die Direktion des Innern gibt dem Beschwerdeführer in allen Punkten recht, verzichtet aber auf eine Neuauflage der Wahlen. «Aus dem Amtsbericht ist zu entnehmen, dass in der Tat 17 Stimmen, welche nur auf <Frey> oder <H. Frey> gelautet haben, dem Kandidaten Hans Frey zugerechnet wurden. Die Mehrheit des Wahlbüros begründet dies damit, dass sich aus der übrigen Stimmabgabe der betr. Wähler der offenbare Wille ergeben habe, Herrn Hans Frey, Gemeinderat, zu unterstützen. [...] Es ist ganz offensichtlich, dass das Vorgehen des Wahlbüros unzulässig war. Nachdem zwei Kandidaten namens H. Frey im Kampfe standen, und beide eine ansehnliche Stimmenzahl auf sich vereinigt haben, mussten [sic!] ungenügend individualisierte Stimmen als ungültig erklärt werden.»¹³³ Zusätzlich wurde die Beschwerdefrist vor der Wahl von Vizeammann und Ammann nicht eingehalten und das Wahlbüro unkorrekt erweitert. Der Regierungsrat kommt deshalb zum Schluss: «Die Beschwerde wird [...] gutgeheissen.»¹³⁴

Im Protokoll des Gemeinderats wird diese regierungsrätliche Rüge in einer kurz gehaltenen Notiz vermerkt: «Wie daraus [Anmerkung T. H.: Entscheid der Direktion des Innern] hervorgeht, wird seitens der Direktion des Innern dieser Beschwerde keine grosse Bedeutung zugemessen. Auf jeden Fall wird darin festgestellt, dass sie nicht zur Aufhebung der beanstandeten Gemeinderatswahlen führen kann.»¹³⁵ Man muss aufgrund dieser Reaktion von einem politischen Selbstverständnis ausgehen, das sich Kritik gegenüber als relativ immun erweist. Die Überzeugung, korrekt gehandelt zu haben, kann durch eine Massregelung der höheren Instanz nicht erschüttert werden. Es wird weder eine Änderung der Wahlprozesse ins Auge gefasst noch der Verantwortliche für die gemachten Fehler bestimmt, geschweige denn in irgendeiner Form ermahnt.

Neben dieser autoritär geprägten Handlungsweise zeigt sich verschiedentlich ein elitäres Verhalten im Umgang mit den Murianer Einwohnern. Aus diversen Entgleisungen ähnlicher Art sei die folgende, die sich durch einen aggressiven Ton abhebt, exemplarisch zitiert: «Auf die Bussenverfügung vom 17. April 1941 liess vorgenannter H. J. in Muri durch seinen unmündigen Bruder H. H. eine Beschwerde einreichen. Diese Beschwerde ist geradezu in blödem Tone gehalten; nur allzu deutlich zeigt der Inhalt des Schreibens den Charakter des Beschwerdeführers. Die Gemeindebehörde ist nicht dazu da, um – und dies besonders nicht von Unmündigen – Belehrungen entgegenzunehmen, die ohnehin Mangel an Anstand zeigen.»¹³⁶

An diesem kurzen Abschnitt fallen zwei Punkte auf, die sich in mannigfaltigen Varianten durch den gesamten konsultierten Protokollbestand durchziehen. Zum einen werden bei Einwohnern, aber auch bei Angestellten der Gemeinde, die nicht den gesellschaftlichen Normen entsprechen, aufgrund von einzelnen Ereignissen abschliessende Urteile über den Charakter dieser Menschen gefällt. Ausserdem werden bei problematischem Verhalten als Erklärung zuweilen verwandtschaftliche Parallelen gezogen. Einflüsse wie Armut, schlechte Lebensbedingungen oder gesellschaftliche Ausgrenzung spielen bei der Beurteilung der vom Gremium besprochenen Fälle keine Rolle. Dieses ideologische Element muss allerdings in einen zeitgenössischen Kontext eingebettet werden, in dem die eugenischen Ideen von wissenschaftlichen Autoritäten wie Auguste Forel oder Eugen Bleuler offen postuliert und auch umgesetzt wurden.

Zum anderen wird vom Protokollführer explizit formuliert, was in der zeitgenössischen rechtsbürgerlichen Elite wohl als allgemeingültiges Credo für die Exekutiven aller Stufen dominiert hat und was wohl keiner der Intellektuellen von rechts, die im Buch von Aram Mattioli porträtiert werden, prägnanter hätte zusammenfassen können: «Die Gemeindebehörde ist nicht dazu da [...], Belehrungen entgegenzunehmen [...]»¹³⁷ Die Haltung, die sich etwas feiner bereits gegenüber der Kantonsregierung abgezeichnet hat, zeigt sich an diesem Satz in ihrem ganzen Ausmass. Die Aussage wird durch den Einschub «und dies besonders nicht von Unmündigen» nur oberflächlich abgeschwächt. Durch die Abgrenzung mit Gedankenstrichen wird

auch grammatikalisch eine saubere Grenze gezogen. Die Botschaft ist eindeutig und bezieht sich wohl genauso auf die Einwohner der Gemeinde wie auf die Mitglieder höherer Instanzen. In seiner Funktion als Führungsgremium setzt der Gemeinderat die eigene Urteilskraft implizit über alle demokratisch legitimen Rekursmittel.

Die Gemeindeversammlungsprotokolle von 1933–1942 weisen Parallelen zu denjenigen des Gemeinderates auf. Die traktandierten Geschäfte sind Teil des Alltags einer mittelgrossen Gemeinde und lassen selten direkte Rückschlüsse auf die dominierende Ideologie zu. Trotzdem illustrieren singuläre Aussagen, dass sich auch das Klosterdorf dem Einfluss des gesellschaftlichen und politischen Klimas nicht entziehen konnte. Der basisdemokratische Charakter von Gemeindeversammlungen hatte in Muri zur Folge, dass sich zeitgenössische Fragen auf lokalpolitischer Ebene manifestiert haben.

An der Sommergemeindeversammlung 1937 spricht sich W.R. gegen die Einführung von Familiengräbern auf dem Friedhof Muri aus, «da solche demokratischen Grundsätzen widersprechen»¹³⁸ würden. Gemeindeammann Müller hält dagegen, dass «die Familiengrabstätten selbst zur Verschönerung des Friedhofs beitragen und aus deren Konzessionsgebühren die gesamte Friedhofanlage verbessert und verschönert werden soll».¹³⁹ Grossrat Kuchler wendet ein, Familiengräber würden in anderen Gemeinden existieren und dadurch seien «keine demokratischen Gefühle verletzt worden».¹⁴⁰ Die Argumentationsweise des Stimmbürgers R. – die Erstellung von Familiengräbern schade dem demokratischen Prinzip – erscheint zwei Jahre nach der autoritären Totalrevisionsinitiative der Bundesverfassung, die in Muri nur hauchdünn verworfen wurde, absurd. R.s Zeitgenossen sind anderer Meinung. Trotz dem Widerstand durch die katholisch-konservativen Schwergewichte Gemeindeammann Müller und Ex-Grossratspräsident Kuchler verwerfen die Stimmberechtigten den Antrag mit einem Mehr von 256 zu 58 Stimmen. An der nächsten Gemeindeversammlung werden die Familiengräber aufgrund von Präzedenzurteilen am Bundesgericht und der bereits bestehenden Praxis in Nachbardörfern dann doch eingeführt.

Dieses politische Geschäft weist Parallelen zur Totalrevisionsinitiative auf. Auch damals sind die Murianer Stimmbürger trotz massiver Propaganda, die sich insbesondere an unzähligen Befürwortungsbeiträgen im «Freischütz» manifestiert hat, der katholisch-konservativen Wahlempfehlung nicht gefolgt und haben die Vorlage verworfen.¹⁴¹ Es wäre simplifizierend, aus diesen zwei Abstimmungen zu schliessen, das Murianer Stimmvolk habe in Fragen, die das demokratische Verständnis berühren, grundsätzlich eine kritische Haltung gegenüber seinen Volksvertretern eingenommen. Trotzdem erstaunt es, dass die simple Anpassung des Friedhofsreglements eine Diskussion über demokratische Prinzipien aufwerfen kann und gegen den Willen des Gemeinderats mit einer überwältigenden Mehrheit verworfen wird.

Im Frühling 1939 äussert sich derselbe Stimmbürger, der bereits die Kontroverse um die Familiengräber ausgelöst hat, zu einem Geschäft der nachfolgenden

Ortsbürgerversammlung, bei der er kein Stimmrecht und damit auch keine Möglichkeit hat, zu den Verhandlungsgegenständen Stellung zu nehmen. Es handelt sich um die Einbürgerung der Familie G. R. appelliert an seine «Mitbürger» und «Eidgenossen», es könne ihnen nicht gleichgültig sein, «wer unser Miteidgenosse wird».¹⁴² Er fordert die Bürgergemeinde deshalb auf, die Familie G. nicht einzubürgern: «als Mitmenschen sind sie mir sehr sympathisch, als Miteidgenossen aber untragbar.»¹⁴³ Seine Argumentation stützt sich auf zwei Pfeiler. Einerseits macht er die Stimmberechtigten auf mögliche pekuniäre Pflichten aufmerksam, die aus dem Armengesetz für die Gemeinde anfallen könnten. Weit wichtiger scheint ihm allerdings die Gefahr einer «Überfremdung des Landes»: Durch die «Papierschweizer» gehe die Eigenart der Schweizer verloren. W. R. stellt grundsätzlich die Möglichkeit infrage, Einbürgerungen vornehmen zu können. Es sei ihm unerklärlich, «wie einer, der für sein erstes Vaterland in den Krieg zog, das auch für sein zweites tun könnte».¹⁴⁴ Einbürgerungssache dürfe deshalb nicht Finanzfrage werden, sondern müsse «reine Sache der Gesinnung»¹⁴⁵ sein. Er schliesst sein Votum mit den Worten: «Mitbürger haltet euch an bewährte Direktiven, achtet jedes Mannes Vaterland, aber das Eure liebet und ich bitte euch, lehnt jede weitere Überfremdung ab.»¹⁴⁶

Diese Aussagen erstaunen auf verschiedenen Ebenen. Tatsächlich gab es im Aargau den Verdacht, dass Einbürgerungen nur aus finanziellen Überlegungen vorgenommen wurden. Diese Befürchtung hatte den Murianer Grossrat Kuchler 1934 zu einem Postulat bezüglich der Änderung der Einbürgerungspraxis veranlasst. Laut einer Statistik, die im Zusammenhang mit diesem Postulat erstellt worden ist, herrschte in Muri eine äusserst restriktive Einbürgerungspraxis. Von 1924 bis 1934 wurde einem einzigen Ausländer das Gemeindebürgerrecht verliehen, während das zehnmal kleinere, wenige Kilometer entfernte Kallern im gleichen Zeitraum 25 Ausländer eingebürgert hat.¹⁴⁷ Dieses Vorgehen hat sich auch in den darauf folgenden Jahren nicht geändert. Das Gesuch eines deutschen Staatsbürgers beispielsweise musste dreimal traktandiert werden, bevor der Einbürgerung 1941 zugestimmt wurde.

Irritierend ist zudem, dass der gleiche Stimmbürger, der sich durch Familiengräber in seinen demokratischen Gefühlen verletzt sah, eine derart xenophobe Haltung an den Tag legt. Auch weil er die Familie G. durchaus «sympathisch» findet, und es muss ihm bewusst gewesen sein, dass deren Mitglieder weder gesellschaftliche noch gesetzliche Normen verletzt haben. Die Motive des Stimmbürgers scheinen also ideologischer und nicht persönlicher Natur gewesen zu sein.

Die Reaktion des Vorsitzenden der Gemeindeversammlung kommt gewissermassen mit Ansage. Es erstaunt nicht, dass der Gemeindeammann von seinem Regierungsverständnis auch in diesem progressiven Gemeindegeschäft nicht abweicht. Laut Protokoll bemerkt er lapidar, dass das Sache der Bürgergemeinde sei und dass diese «bis heute ihre Geschäfte noch selbst [habe] besorgen können».¹⁴⁸ Ortsbürger S. wendet sich an der unmittelbar folgenden Bürgergemeinde gegen die von R. vorgebrachten finanziellen und patriotischen Argumente: «Auch der heutige Gesuch-

steller wird ein rechter Schweizer werden. Seine Kinder sind hier geboren und aufgewachsen. Ihr Vaterland ist hier, Italien ist ihnen fremd.»¹⁴⁹ Das Argument, man solle keine Neubürger aufnehmen, «während andererseits hiesige Bürger ins Ausland wandern müssen»,¹⁵⁰ fand ebenfalls keine Resonanz. Bei einem absoluten Mehr von 56 wurden E. G. und seiner Familie mit 64 Stimmen das Ortsbürgerrecht erteilt.

Gustav Kuchler und Josef Rüttimann: zwei politische Schwergewichte aus Muri

Gustav Kuchler trat 1921, als 41-Jähriger, in den Grossen Rat ein und gehörte ihm ansehnliche 24 Jahre an. In den untersuchten Protokollen fiel er als aktiver Politiker auf und kann als Meinungsmacher der katholisch-konservativen Fraktion bezeichnet werden.

Küchlers Einschätzung zu den ökonomischen Herausforderungen der grossen Depression, zur Demokratie und – zumindest implizit – auch zur aufkommenden Nationalen Front können anhand seiner Eröffnungsrede als Grossratspräsident im Jahr 1933 rekonstruiert werden. Die Ausführungen des Freiämters zum Patienten «todkranke[n] Wirtschaft»¹⁵¹ illustrieren eine wirtschaftspolitische Haltung, die sich bei der besprochenen Bekämpfung der Kaufhausfiliale in Muri bereits abgezeichnet hatte. Er teilt die Lösungsansätze zur Überwindung der Depression in drei Richtungen auf: die sozialistische, die kapitalistische und die korporatistische. Im Teil über den Korporatismus werden durchwegs positiv aufgeladene Wendungen wie «Solidarität der Berufe», «einfache Lebenshaltung» und «schlichte Pflichterfüllung» eingebaut. Wirtschaft sei «Dienst am Volke, nicht rastlose und skrupellose Jagd nach Geld und Gold».¹⁵² Expliziter kann eine Absage an den liberalen Kapitalismus fast nicht formuliert werden. Vordergründig legt sich Kuchler trotzdem nicht auf den korporatistischen Lösungsweg fest: «Welches von diesen Rezepten [...] Heilung bringen wird, vom wirtschaftlichen Siechtum, wird die nächste Zukunft lehren.»¹⁵³ Diese Frage ist rhetorisch. Kuchler hat die Antwort dazu in seinen Ausführungen bereits gegeben.

Den Einstieg in die Rede bilden Überlegungen zum zeitgenössischen Demokratiediskurs: «Dürfen wir heute, wie es so oft geschieht, von einer Krise der Demokratie sprechen? Die Demokratie ist mit dem Schweizertum verwachsen, ihm in Fleisch und Blut übergegangen.»¹⁵⁴ Trotzdem scheint Kuchler der Staatsform nicht uneingeschränkt zu trauen: «Jede Demokratie kann entarten. Sie ist im Schweizerland entartet, als die Übermacht der Städtkantone die Landbevölkerung bedrückte und unterdrückte, als Untertanenländer geschaffen wurden [...]. Demokratie kann auch entarten durch Überspannung des Nationalgefühls, des Geldaristokratentums oder des sozialen Gedankens.»¹⁵⁵

Die Bezeichnung «entartete Demokratie» für ein Mitglied der katholisch-konservativen Partei insofern unüblich, weil sie dem darwinistischen Gedankengut ebenso wie dem charakteristischen nationalsozialistischen Sprachgebrauch zugesprochen werden kann. Die aufgezählten Ursachen für eine entartete Demokratie

verweisen implizit auf die politischen Pole. Ausserdem richtet sich die Kritik gegen das «Geldaristokratentum». Die Gleichsetzung von «Geldaristokratentum» mit Kapitalismus ist in diesem Zusammenhang riskant, der Freiämter scheint aber in der wirtschaftlichen Elite ebenfalls Gefahrenpotenzial zu sehen. Kuchler charakterisiert die Entartung als Ausbruch in extreme Richtungen, und die entwickelten historischen Beispiele lassen die Annahme vermuten, sie verlaufe in einer Wellenbewegung. Diese Interpretation weist wesentliche Unterschiede zur nationalsozialistischen auf. Letztere beurteilt «Entartung» als Tendenz, die nur durch Eingriffe von aussen wieder reguliert werden kann. Das Weglassen einer Begründung für das implizierte, immer wieder gelungene Zurückfinden zu einem gesunden Zustand lässt vermuten, dass der Murianer von einer demokratieimmanenten Selbstregulierung überzeugt war.

Im folgenden Teil referiert Kuchler über die Vorzüge der Demokratie. Er konzentriert sich dabei aber nicht auf die positiven Elemente, sondern er widerspricht den Argumenten der Kritiker.¹⁵⁶ Wenige Sätze können die Rechtfertigungsprobleme der Demokratieanhänger besser charakterisieren als Kuchlers Einstieg in deren Verteidigung: «Demokratie ist nicht notwendig identisch mit Schwäche und Charakterlosigkeit.»¹⁵⁷ Dieser Satz illustriert die Verunsicherung der Demokratiebefürworter und beinhaltet gleichzeitig die Kritik an ihr durch die Anhänger einer Staatsform autoritärer Prägung. Kuchler drückt seine Zweifel mit der Einschränkung «notwendig» aus. Offenbar ist auch er der Meinung, die Demokratie weise gegenüber autoritär geprägten Regierungsformen gewisse Nachteile auf. Die weitere Aufzählung von Argumenten – eine Gleichsetzung von Demokratie mit Demagogie, dem Ausleben aller egoistischen Instinkte sowie Autoritäts- und Zügellosigkeit sei nicht möglich – wird sprachlich nicht mehr eingeschränkt. Kuchler will nach dieser Apologie insbesondere von ausländischen Einflüssen nichts wissen: «Wir beziehen keine politischen Importartikel, mögen sie aus welcher Küche immer stammen.»¹⁵⁸ Das Ende des Demokratieexkurses zeugt dann durchaus von Selbstbewusstsein: «Ist unser Staatskörper wirklich krank, so muss die Gesundung von innen kommen.»¹⁵⁹

Der Schluss der Rede ist wie ein Feuerwerk: «Wir aber dürfen in dieser Stunde laut und feierlich uns bekennen zu einer starken Demokratie, zu einer sozial gerichteten Demokratie und zu einer wehrhaften, von patriotischem Geiste beschwingten Demokratie.»¹⁶⁰ Der wehrhafte und patriotische Geist passt dabei gut zur katholisch-konservativen Programmatik. Die Forderung nach einer «sozial gerichteten Demokratie» beweist ein Sensorium für die wirtschaftliche Not. Der Aufforderung, alle «Gutgesinnten» sollen sich über Partei- und Konfessionsgrenzen hinaus für das Wohl der Schweiz vereinigen, folgt eine eindeutige Anspielung: «Das ist die nationale Front [sic!], die wir aufrichten und jeder andern entgegenstellen.»¹⁶¹ Den Gegner der «Gutgesinnten» nennt Kuchler beim Namen: die Nationale Front.

Josef Rüttimann trat 1929 als 42-Jähriger in den Grossen Rat ein, 1935 wurde er in den Regierungsrat gewählt und übernahm die Leitung des Justizdepartements.

Schon früh wurde er mit Problemen konfrontiert, die auch vor dem Hintergrund der Umwälzungen in Europa gesehen werden müssen. So hat ihn am 24. August 1936 die Aargauische Vaterländische Vereinigung darauf hingewiesen, dass die angekündigten Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei zum spanischen Bürgerkrieg zu verbieten seien: «Am 14. August hat der Bundesrat zwei Beschlüsse erlassen, die sich gegen jegliche Parteinahme im spanischen Bürgerkrieg richten. [...] Gleichwohl setzen sich die marxistischen Parteien über die [...] Erlasse hinweg.»¹⁶² Die Vaterländische Vereinigung war nicht nur um die Neutralität besorgt: «An verschiedenen Orten der Schweiz fanden bereits ‹Sympathiekundgebungen› für die spanische Volksfront statt, Geldsammlungen begünstigen einseitig eine Bürgerkriegspartei und die Linkspresse führt eine Pressehetze, die ihresgleichen sucht.»¹⁶³

Der Justizdirektor lässt sich von rechtsbürgerlicher Seite nicht instrumentalisieren und ordnet lediglich eine Überwachung der Versammlung an.¹⁶⁴ Rüttimann wird vom Regierungsrat unterstützt und verpasst der AVV in seiner Antwort einen Seitenhieb: «Aus der blossen Bezeichnung des Vortrages als Vortrag über Spanien kann nicht zum vornherein darauf geschlossen werden, dass der Vortragende oder die Versammlung gegen den Bundesratsbeschluss vom 14. August a.c. [...] verstossen werde».¹⁶⁵ Obwohl «auf bürgerlicher Seite [...] die Auffassung [herrschte], in Spanien werde eine entscheidende Auseinandersetzung gegen den Marxismus ausgetragen»,¹⁶⁶ springt Rüttimann über seinen bürgerlichen Schatten und lässt eine umstrittene Spanienveranstaltung zu. Im November desselben Jahres verbietet Rüttimann eine kommunistische Veranstaltung in Wettingen, obwohl «die Polizeidirektion [...] solchen Demonstrationen nicht gerade überragende Bedeutung»¹⁶⁷ beimisst. Als Grund wird nicht die Ideologie angegeben, sondern eine Information, dass «gewisse Kreise bereits den Entschluss gefasst hatten, die vorhergesehene Versammlung zu sprengen [...]».¹⁶⁸ Rüttimann hat allerdings nicht jede politische Zusammenkunft mit Krawallpotenzial gleich behandelt. Eine Versammlung der oben beschriebenen Eidgenössischen Kampfpartei in Muri wurde nicht verboten, obwohl die lokale Gegnerschaft ebenfalls mit Unruhen gedroht hatte, und Rüttimann persönlich in einem Brief an das Polizeikommando Aarau seine Besorgnis ausgedrückt hat: «Es ist mir nun mitgeteilt worden, dass einzelne Gegner dieser Politik die Versammlung ebenfalls besuchen und den Bestrebungen der Kampfpartei Opposition machen werden. Bei der Mentalität einzelner der hiesigen Anhänger dieses merkwürdigen Gebildes sei es nicht ausgeschlossen, dass dabei sich Tätlichkeiten entwickeln würden.»¹⁶⁹

Der Verdacht, Rüttimann habe die Veranstaltungen der Linken repressiver behandelt, kann weder bestätigt noch restlos aufgehoben werden. Man kann aber davon ausgehen, dass er die Murianer Verhältnisse genau gekannt und aufgrund dessen die Gefahr ernsthafter Auseinandersetzungen als gering eingeschätzt hat. Es wurden denn auch keine Ausschreitungen im Umfeld dieser Veranstaltung in den Quellen erwähnt.

Auch Rüttimann hat sich im Schicksalsjahr 1940 anlässlich der 1.-August-Feier in Muri zur Lage der Nation geäußert. Der Inhalt unterscheidet sich aber wesentlich von Reden anderer bürgerlicher Exponenten im gleichen Jahr. Der Murianer gibt den Aspekten Freiheit und Demokratie besonderes Gewicht. Sie sind in der «Freischütz»-Zusammenfassung schon zu Beginn ein Thema: «Unser Land sei nur klein, sogar arm an mineralischen Bodenschätzen, und doch reich an Schönheiten, Freiheiten und alt erworbenen Rechten.»¹⁷⁰ Rüttimann weist darauf hin, dass diese Selbstbestimmung kein Geschenk war, sondern mit einem hohen Blutzoll erkaufte werden musste und spannt damit den Bogen ins Jahr 1940, in dem die Schweiz von den Achsenmächten umzingelt ist: «Tausende unserer Ahnen haben mit ihrem Herzblute uns die Freiheiten geschaffen und das Joch der Tyrannei abgeschüttelt.»¹⁷¹

Während 1940 viele die Vorzüge autoritärer Staatsformen hervorheben, spricht der Justizdirektor selbstbewusst von einer demokratischen Vorbildfunktion der Eidgenossenschaft: «wir sind alle einig, wenn es um die höchsten Güter, die Freiheit geht. In Sprachen und Konfessionen kommen wir miteinander aus, wir verstehen die Demokratie.»¹⁷² Durch die Gleichsetzung jedes Bürgers mit «eine[r] Art Sonnenkönig»¹⁷³ und dem Hinweis, dass «ob reich oder arm, dafür aber auch jeder Einzelne mitverantwortlich an der Leitung des Landes» sei,¹⁷⁴ beweist Rüttimann, welchen zentralen Stellenwert für ihn die basisdemokratischen Rechte besitzen.

Auch diese Rede verzichtet nicht auf den Terminus «anpassen»: «Den Zeitumständen muss man sich anpassen, ob's angenehm sei oder nicht, dann werden die grössten Hindernisse überbrückt.»¹⁷⁵ Ob Rüttimann diesen in einen politischen Kontext einbettet, scheint zweifelhaft: «Faulheit ist nicht Schweizerart, sondern ein fremdländisches Gericht, ebenso neue importierte Staatsgedanken.»¹⁷⁶ Auch wenn diese Gedankenfolge seltsam konstruiert ist, macht sie eine grosse Resistenz gegenüber fremdländischem Gedankengut evident. Rüttimann beweist zum Schluss seiner Rede auch ein soziales Bewusstsein, das er geschickt mit der Sage des in Muri verehrten Heiligen Martin untermauert: «Der Redner befürchtet, dass kommende schwere Zeiten eine Klasse besonders vergessen könnten, nämlich die verschämten Armen. Teilen wir unser Los mit ihnen wie einst St. Martin seinen Reitermantel mit einem Armen teilte.»¹⁷⁷

Fazit

Grundsätzlich kann konstatiert werden, dass die aufgrund der bestehenden Forschungsliteratur gemachten Prognosen über weite Strecken mit den aus den Quellen rekonstruierten politischen Verhältnissen in Muri übereinstimmen. Vor allem die zentralen Elemente Antisemitismus – wobei dieser fast ausschliesslich in der religiösen, nicht der nationalsozialistisch geprägten, rassistischen Variation auftaucht –, Antidemokratismus und Antiliberalismus spielten eine massgebliche Rolle im politischen Leben des Klosterdorfs. Bemerkenswert ist, welche geschlossene antiliberalen

Haltung die bürgerlichen Protagonisten aus der kommunalen und der kantonalen Politik an den Tag gelegt haben. Die gut orchestrierte Opposition gegen das geplante Kaufhausprojekt kann dafür exemplarisch hinzugezogen werden. Dieser Fall illustriert, wie tief die Ressentiments gegenüber den «aus der neuen Welt stammenden Methoden»¹⁷⁸ gewesen sein müssen. Aufgrund der – allerdings knappen – Ablehnung der Totalrevisionsinitiative kann allerdings eine gewisse Widerspenstigkeit der Stimmbürger gegenüber den katholisch-konservativen Meinungsmachern ausgemacht werden.

Die Erkenntnis, dass sich im Freiamt eine Front breit machen konnte, erstaunt und widerspricht teilweise der historischen Forschung. Obwohl eine Differenz der Eidgenössischen Kampfpartei zu ähnlichen Organisationen evident ist, muss aufgrund der ideologischen Parallelen und der ausgesprochenen Militanz von einer Front gesprochen werden. Der Konservatismus hat demnach ein Eindringen der nationalsozialistischen Programmatik in die Freiamter Eliten verhindern können. Das Charisma des EKP-Kopfes Heinrich Rengel und seine Präsenz als Kompaniekommandant reichten aber aus, um eine Bewegung aufzubauen, die eine gewisse Relevanz erreichen konnte. Man muss also davon ausgehen, dass der Nährboden für Erneuerungsbewegungen auch in der Freiamter Bevölkerung vorhanden gewesen ist.

Sobald es in Muri zwischen den «historischen Parteien» zu Auseinandersetzungen gekommen ist, hat man vor allem auf katholisch-konservativer Seite in erstaunlicher Weise auf die Kulturkampfrhetorik zurückgegriffen. Eine Auseinandersetzung um politische Inhalte fand praktisch nicht statt. Die Argumentationslinie «Denkst Du katholisch, dann handle katholisch!»¹⁷⁹ schien auszureichen und eine sachpolitische Auseinandersetzung entbehrlich zu machen. Dieses gesellschaftliche Verharren im Kulturkampf ist bezeichnend und kann wohl als ein Grund dafür gedeutet werden, dass die Murianer Gesellschaft für die Aufnahme zeitgenössischer ideologischer Strömungen, wie sie für die Entwicklung einer nationalsozialistischen Programmatik essenziell gewesen wären, keineswegs bereit war.

Bibliografie

Quellen

Gedruckte Quellen

- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945 (Motion Boerlin). Bern 1945.
- Der Freischütz 1933–1942.
- Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Aargau. Aargauisches Staatsarchiv Aarau (StAAG). GRB Grossratsprotokolle 1933–1942.

Ungedruckte Quellen

- Aargauisches Staatsarchiv, Aarau (StAAG):
- RRB Regierungsratsprotokolle 1933–1942.
- PKO Akten und Mikrofichen des Polizeikommandos des Kantons Aargau. 1939–1946.
- Gemeindearchiv, Muri:
- Gemeinderatsprotokolle 1933–1943.
- Gemeindeversammlungsprotokolle 1933–1942.
- Wahlen der Gemeindebehörden, Kommissionen, Beamten und Angestellten 1938–1942.

Literatur

- 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen. 1803–1953. Herausgegeben vom Regierungsrat des Kantons Aargau. Aarau 1954.
- Altermatt, Urs: Das Koordinationssystem des katholischen Antisemitismus in der Schweiz 1918–1945. In: Mattioli, Aram (Hg.): Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960. Zürich 1998, S. 465–500.
- Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953. Baden 1978.
- Glaus, Beat: Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930–1940. Zürich, Einsiedeln, Köln 1969.
- Imhof, Kurt: Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. In: Imhof, Kurt et al. (Hg.): Zwischen

Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit. Zürich 1993, S. 289–357.

- Jost, Hans Ulrich: Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900. Zürich 1992.
- Jost, Hans Ulrich: Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938–1948. Zürich 1998.
- Keller, Franziska: Oberst Gustav Däniker. Aufstieg und Fall eines Schweizer Berufsoffiziers. Zürich 1997.
- Lang, Josef: Katholisch-konservativer Antisemitismus in der Schweizer Geschichte. Professor Altermatts «Freiburger Schule» – zwischen Verdrängung und Verharmlosung. In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik. Streit um Geschichte, Antisemitismus, Rassismus. Zürich 1996, S. 89–98.
- Mattioli, Aram: Die intellektuelle Rechte und die Krise der demokratischen Schweiz. Überlegungen zu einem zeitgeschichtlichen Niemandsland. In: Mattioli, Aram (Hg.): Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918–1939. Zürich 1995, S. 1–27.
- Müller, Andreas: Geschichte der politischen Presse im Aargau. Das 20. Jahrhundert. Aarau, 2002.
- Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden. 1933–1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik. Zürich 1997.
- Ries, Markus: Katholischer Antisemitismus in der Schweiz. In: Mattioli, Aram: Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960. Zürich 1998, S. 45–57.
- Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin, New York 1998.
- Senn, Hans: Oscar Frey. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 25. 9. 2007. URL: <http://hls-dhs-dss.ch/textes/d/D23700.php>.
- Wolf, Walter: Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz, 1930–1945. Zürich 1969.

Anmerkungen

- ¹ Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Muri, 6. 9. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ² Das Freiamt setzt sich grob aus den beiden Bezirken Muri und Bremgarten zusammen.
- ³ Vgl. Glaus, 1969. Tabelle 3, S. 375.
- ⁴ Vgl. Wolf, 1969, S. 121.
- ⁵ Vgl. Gautschi, 1978, S. 315.
- ⁶ Zit. Glaus, 1969, S. 32.
- ⁷ Zit. Glaus, 1969, S. 32.
- ⁸ Zit. Wolf, 1969, S. 121.
- ⁹ Zit. Gautschi, 1978, S. 403.
- ¹⁰ Zit. Gautschi, 1978, S. 404.
- ¹¹ Zit. Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Muri, 10. 3. 1943. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874 A.
- ¹² Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Boswil, 10. 9. 1942.. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874 A.
- ¹³ Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Muri, 6. 9. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ¹⁴ Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung, 1945, S. 80.
- ¹⁵ Zit. Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Muri, 10. 3. 1943. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Zit. Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Boswil, 10. 9. 1943. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ¹⁹ Ebd.
- ²⁰ Zit. Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Muri, 6. 9. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ²¹ Rapport an das Bezirksamt Bremgarten von Polizeistation Bremgarten, 16. 3. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ²² Zit. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung, 1945, S. 79.
- ²³ Zit. Fahnenpost Nr. 6. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ²⁴ Zit. Fahnenpost Nr. 8. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ²⁵ Zit. Aufruf zum 1. Mai 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ²⁶ Zit. Fahnenpost Nr. 24. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ²⁷ «Die Lehren der letzten Weltkriegsjahre sind in uns lebendig geblieben! Schon sehen wir wiederum am Horizont schwarze Wetterwolken aufsteigen. Die Vorzeichen kommender sozialer Auseinandersetzungen. Ein unheilvolles Wetterleuchten des sich entwickelnden Klassenkampfes.» Zit. Fahnenpost Nr. 30. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ²⁸ Zit. Aufruf zum 1. Mai 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ²⁹ Zit. Rapport an das Bezirksamt Bremgarten von der Polizeistation Bremgarten, 16. 3. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ³⁰ Zit. ebd.
- ³¹ Zit. Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Muri, 6. 9. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ³² Vgl. Rapport an das Bezirksamt Bremgarten von der Polizeistation Wohlen, 6. 10. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ³³ Zit. Wolf, 1969, S. 349.
- ³⁴ Vgl. Schmitz-Berning, 1998, S. 426.
- ³⁵ Zit. Fahnenpost Nr. 28. Rapport an das Polizeikommando Aarau vom Polizeikommando Baden, 20. 4. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ³⁶ Vgl. Wolf, 1969, S. 369.
- ³⁷ Zit. Fahnenpost Nr. 28. Rapport an das Polizeikommando Aarau vom Polizeikommando Baden, 20. 4. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ³⁸ Zit. ebd.
- ³⁹ Zit. Keller, 1997, S. 400.
- ⁴⁰ Zit. Keller, 1997, S. 401f.
- ⁴¹ Zit. Keller, 1997, S. 283.
- ⁴² Zit. Keller, 1997, S. 283.
- ⁴³ Zit. Fahnenpost Nr. 28. Rapport an das Polizeikommando Aarau vom Polizeikommando Baden, 20. 4. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ⁴⁴ Zit. ebd. Mit Oberst Frey ist mit grosser Wahrscheinlichkeit Oscar Frey gemeint. Neben General Guisan «eine Symbolfigur des Widerstandes». Zit. Senn, Hans: Oscar Frey. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 25. 9. 2007. URL: <http://hls-dhs-dss.ch/textes/d/D23700.php>.

- ⁴⁵ Zit. Fahnenpost Nr. 28. Rapport an das Polizeikommando Aarau vom Polizeikommando Baden, 20. 4. 1942 Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ⁴⁶ «Demgegenüber sei es an der Zeit, dass die Frontisten ihren Machtanspruch geltend machten. Dieser gründe sich nicht auf einen im Volk verankerten demokratischen Mehrheitswillen, sondern in der Rechtfertigung, die die frontistischen Ziele und Programme durch das Kriegsgeschehen des Auslandes gefunden hätten.» Zit. Wolf, 1969, S. 345.
- ⁴⁷ Zit. Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Station Muri, 6. 9. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ⁴⁸ Vgl. Gautschi, 1978, S. 406.
- ⁴⁹ «Kämpfen Sie mit uns für eine gesäuberte, soziale Schweiz, die nur eine Fahne kennt: die *Schweizerfahne!*» «Wir sind fanatisch entschlossen, unser Land selbst zu säubern [...]» Zit. Fahnenpost Nr. 18. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874 B.
- ⁵⁰ Zit. Rapport an das Bezirksamt Bremgarten von der Polizeistation Wohlen. 6. 10. 1941. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ⁵¹ Zit. ebd.
- ⁵² Zit. Rapport an das Polizeikommando Aarau von der Polizeistation Muri/Beinwil. 15. 6. 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ⁵³ Zit. Fahnenpost, Juni 1941. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ⁵⁴ Zit. Fahnenpost Nummer 15, 21. 4. 1941. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG PKO ND Aarau, Aktenzeichen 25874 B.
- ⁵⁵ Zit. ebd.
- ⁵⁶ Zit. ebd.
- ⁵⁷ Zit. ebd.
- ⁵⁸ Zit. ebd.
- ⁵⁹ Zit. ebd.
- ⁶⁰ Zit. ebd.
- ⁶¹ Vgl. Schmitz-Berning, 1998, S. 261.
- ⁶² Zit. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung, 1945, S. 76.
- ⁶³ Zit. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung, 1945, S. 79.
- ⁶⁴ Zit. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung, 1945, S. 79f.
- ⁶⁵ Zit. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung, 1945, S. 80.
- ⁶⁶ Zit. Gautschi, 1978, S. 404.
- ⁶⁷ Zit. Gautschi, 1978, S. 405.
- ⁶⁸ «Aus den Akten erhält man den Eindruck, dass dem leutseligen Rengel Sympathien, die er überall genoss, zu Hilfe kamen [...]» Zit. Gautschi, 1978, S. 405.
- ⁶⁹ Zit. Wolf, 1969, S. 209.
- ⁷⁰ Zit. Wolf, 1969, S. 207.
- ⁷¹ Vgl. S. 120.
- ⁷² Zit. Der Justizdirektor des Kantons Aargau an den Regierungsrat. Europäischer Krieg. Kriegswirtschaftliche Massnahmen. Verschiedenes. StAAG R05.MC.X/1942/2121.
- ⁷³ Zit. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrats. Europäischer Krieg. Kriegswirtschaftliche Massnahmen. Verschiedenes. StAAG R05.MC.VIII/1943/134.
- ⁷⁴ Zit. Der Polizeidirektor an den Regierungsrat. Europäischer Krieg. Kriegswirtschaftliche Massnahmen. Verschiedenes. StAAG R05.MC.VIII/1943/134.
- ⁷⁵ Zit. Gautschi, 1978, S. 405.
- ⁷⁶ Vgl. Gautschi, 1978, S. 406.
- ⁷⁷ Zit. Der Polizeidirektor an den Regierungsrat. Europäischer Krieg. Kriegswirtschaftliche Massnahmen. Verschiedenes. StAAG R05.MC.VIII/1943/134.
- ⁷⁸ Zit. ebd.
- ⁷⁹ Zit. Gautschi, 1978, S. 406.
- ⁸⁰ Zit. Gautschi, 1978, S. 406.
- ⁸¹ Vgl. Imhof, 1993, S. 339.
- ⁸² Vgl. Imhof, 1993, S. 343f.
- ⁸³ Vgl. Glaus, 1969, S. 58.
- ⁸⁴ Vgl. Glaus, 1969, S. 59.
- ⁸⁵ Zit. Imhof, 1993, S. 344.
- ⁸⁶ Zit. Imhof, 1993, S. 347.
- ⁸⁷ Vgl. Wolf, 1969, S. 151.
- ⁸⁸ Zit. Wolf, 1969, S. 154.
- ⁸⁹ Vgl. Wolf, 1969, S. 157f.
- ⁹⁰ Zit. Wolf, 1969, S. 158.
- ⁹¹ Zit. Altermatt, 1998, S. 475.
- ⁹² Zit. Altermatt, 1998, S. 476.
- ⁹³ Zit. Altermatt, 1998, S. 477.
- ⁹⁴ Zit. Altermatt, 1998, S. 477.
- ⁹⁵ Vgl. Altermatt, 1998, S. 470.
- ⁹⁶ Zit. Lang, 1996, S. 93.
- ⁹⁷ Zit. Ries, 1998, S. 51.
- ⁹⁸ Zit. Ries, 1998, S. 51.
- ⁹⁹ Zit. Altermatt, 1998, S. 489.
- ¹⁰⁰ Zit. Altermatt, 1998, S. 490.
- ¹⁰¹ Zit. Müller, 2002, S. 518.
- ¹⁰² Vgl. Aus dem Weltgeschehen: Auch Juden sind Menschen. In: Der Freischütz, 18. 9. 1942, S. 1.
- ¹⁰³ Zit. Müller, 2002, S. 518.
- ¹⁰⁴ Zit. Müller, 2002, S. 519.

- ¹⁰⁵ «Ueberall treiben ausländische Kommunisten ihr Unwesen, überall sind die grossen bolschewistischen Juden Drahtzieher aller Verschwörungen – und geniessen [...] den Schutz der Loge!» Zit. Freimaurerei verboten. In: Der Freischütz, 12. 11. 1937, S. 3.
- ¹⁰⁶ Zit. Parteitag der schweizerischen konservativen Partei. In: Der Freischütz, 16. 11. 1937, S. 1.
- ¹⁰⁷ So habe «die Nationale Front, die sich deutlich genug am «dritten Reich» draussen orientiert, die Attacke gegen die Freimaurerei in der Schweiz inszeniert [...]». Zit. Rundschau: In: Der Freischütz, 19. 11. 1937, S. 1.
- ¹⁰⁸ Zit. Der Teufel reitet. In: Der Freischütz, 14. 11. 1941, S. 3.
- ¹⁰⁹ Zit. ebd.
- ¹¹⁰ Zit. ebd., S. 3.
- ¹¹¹ Zit. Flugblatt. Muri 1941. Gemeindearchiv Muri. Gemeindearchiv Muri. 33/4 Thek 2: 1938–1947. Wahlen der Gemeindebehörden, Kommissionen, Beamten und Angestellten.
- ¹¹² Zit. ebd.
- ¹¹³ Zit. Flugblatt. Unterzeichnet mit «katholische Arbeiter». Muri 1941. Gemeindearchiv Muri. 33/4 Thek 2: 1938–1947. Wahlen der Gemeindebehörden, Kommissionen, Beamten und Angestellten.
- ¹¹⁴ Zit. ebd.
- ¹¹⁵ Zit. Flugblatt. Unterzeichnet mit «protestantische Wähler». Muri 1941. Gemeindearchiv Muri. 33/4 Thek 2: 1938–1947. Wahlen der Gemeindebehörden, Kommissionen, Beamten und Angestellten.
- ¹¹⁶ Zit. Flugblatt: Der Teufel reitet. Unterzeichnet mit «katholische Wähler». Muri 1941. Gemeindearchiv Muri. 33/4 Thek 2: 1938–1947. Wahlen der Gemeindebehörden, Kommissionen, Beamten und Angestellten.
- ¹¹⁷ Zit. Protokoll des Gemeinderats Muri. 30. 4. 1934. Aktenzeichen 381. Gemeindearchiv Muri.
- ¹¹⁸ Zit. ebd.
- ¹¹⁹ Zit. ebd.
- ¹²⁰ Zit. Picard, 1997, S. 55.
- ¹²¹ Zit. Protokoll des Gemeinderats Muri. 16. 11. 1936. Aktenzeichen 971. Gemeindearchiv Muri.
- ¹²² Zit. ebd.
- ¹²³ Zit. ebd.
- ¹²⁴ Zit. Protokoll des Gemeinderats Muri. 1. 12. 1936. Aktenzeichen 1036. Gemeindearchiv Muri.
- ¹²⁵ Zit. ebd.
- ¹²⁶ Zit. Protokoll des Gemeinderats Muri. 26. 12. 1936. Aktenzeichen 1120. Gemeindearchiv Muri.
- ¹²⁷ Zit. ebd.
- ¹²⁸ Zit. ebd.
- ¹²⁹ Zit. Antwort auf die «Mitteilung» der Gerwa AG an die Bevölkerung des Bezirks Muri. In: Der Freischütz, 26. 1. 1937, S. 1.
- ¹³⁰ «Jedenfalls kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die Betriebsart dieses Unternehmens nichts anderes bedeutet, als eine *Umgehung* des vom Bundesrat zum Schutze der bisherigen Kleinexistenzen erlassenen Filialverbots.» Zit. ebd., S. 1.
- ¹³¹ Zit. ebd., S. 1.
- ¹³² Zit. ebd., S. 1.
- ¹³³ Zit. Der Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau an Herrn L. W., Grundbuchverwalter, Muri. Aarau 15. Dezember 1941. Gemeindearchiv Muri. 33/4 Thek 2: 1938–1947. Wahlen der Gemeindebehörden, Kommissionen, Beamten und Angestellten.
- ¹³⁴ Zit. ebd.
- ¹³⁵ Zit. Protokoll des Gemeinderats Muri. 22. 12. 1941. Aktenzeichen 1127. Gemeindearchiv Muri.
- ¹³⁶ Zit. Protokoll des Gemeinderats Muri. 28. 4. 1941. Aktenzeichen 387. Gemeindearchiv Muri.
- ¹³⁷ Zit. ebd.
- ¹³⁸ Zit. Auszug aus dem Protokoll der Einwohnergemeindefversammlung Muri vom 29. 8. 1937. Verkürzter Auszug gemäss Gemeindebeschluss, S. 5. Gemeindearchiv Muri. 19/1 Gemeindeorganisation/Gemeindefversammlungen.
- ¹³⁹ Zit. ebd.
- ¹⁴⁰ Zit. ebd.
- ¹⁴¹ 289 Nein zu 227 Ja. Während die Vorlage im Bezirk mit 1681 zu 1517 abgelehnt wurde. In: Freischütz, 10. 9. 1935, S. 1. Der Kanton Aargau hat die Totalrevision mit 78 Prozent verworfen. Vgl. 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen. 1803–1953. Hg. vom Regierungsrat des Kantons Aargau. Aarau 1954, S. 76f.
- ¹⁴² Zit. Auszug aus dem Protokoll der Einwohnergemeindefversammlung Muri vom 26. 3. 1939. Verkürzter Auszug gemäss Gemeindebeschluss, S. 8. Gemeindearchiv Muri. 19/1 Gemeindeorganisation/Gemeindefversammlungen.
- ¹⁴³ Zit. ebd.
- ¹⁴⁴ Zit. ebd.
- ¹⁴⁵ Zit. ebd.
- ¹⁴⁶ Zit. ebd.
- ¹⁴⁷ Der Justizdirektor des Kantons Aargau an den Regierungsrat. No. 2056. Vorschriften betr. den Erwerb des Bürgerrechtes; Erlass einer neuen Regierungsverordnung. StAAG R05.J03/1935/2216 und 2056.
- ¹⁴⁸ Zit. Auszug aus dem Protokoll der Einwohnergemeindefversammlung Muri vom 26. 3. 1939. Verkürzter Auszug gemäss Gemeindebeschluss,

- S. 8. Gemeindearchiv Muri. 19/1 Gemeindeorganisation/Gemeindeversammlungen.
- ¹⁴⁹ Zit. Protokoll der Ortsbürgerversammlung vom 26. 3. 1939, S. 2. Gemeindearchiv Muri. 19/1 Gemeindeorganisation/Gemeindeversammlungen.
- ¹⁵⁰ Zit. Auszug aus dem Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung Muri vom 26. 3. 1939. Verkürzter Auszug gemäss Gemeindebeschluss, S. 8. Gemeindearchiv Muri. 19/1 Gemeindeorganisation/Gemeindeversammlungen.
- ¹⁵¹ Zit. Grossratsprotokoll, 2. 5. 1933. StAAG GRB 6, S. 10.
- ¹⁵² Zit. ebd., S. 10.
- ¹⁵³ Zit. ebd., S. 11.
- ¹⁵⁴ Zit. ebd., S. 9.
- ¹⁵⁵ Zit. ebd., S. 9.
- ¹⁵⁶ «Demokratie, Volksherrschaft ist nicht notwendig identisch mit Schwäche und Charakterlosigkeit. Demokratie ist nicht identisch mit Demagogie und Ausleben aller egoistischen Instinkte. Demokratie ist nicht identisch mit Autoritätslosigkeit und Zügellosigkeit.» Zit. ebd., S. 9.
- ¹⁵⁷ Zit. ebd., S. 9.
- ¹⁵⁸ Zit. ebd., S. 9.
- ¹⁵⁹ Zit. ebd., S. 10.
- ¹⁶⁰ Zit. ebd., S. 11.
- ¹⁶¹ Zit. ebd., S. 11.
- ¹⁶² Zit. Aargauische Vaterländische Vereinigung an den Regierungsrat 24. 8. 1936. StAAG R05.P2c.1482. Kommunistische und andere politische Organisationen.
- ¹⁶³ Zit. ebd.
- ¹⁶⁴ «Der Herr Vorsteher der Polizeidirektion teilt mit, dass er schon im Laufe des gestrigen Tages dem kantonalen Polizeikommando in dieser Angelegenheit Weisung erteilt hat, und zwar habe er sich vorläufig auf die Anordnung beschränkt, dass die Versammlung in der «Kettenbrücke» unauffällig durch die Polizei überwacht werden soll.» Zit. Regierungsratsprotokoll 25. 8. 1936. StAAG R05.P2c.1482. Kommunistische und andere politische Organisationen.
- ¹⁶⁵ Zit. ebd.
- ¹⁶⁶ Zit. Gautschi, 1978, S. 318.
- ¹⁶⁷ Zit. Regierungsratsprotokoll 27. 11. 1936. StAAG R05.P2c.2126. Kommunistische und andere politische Organisationen.
- ¹⁶⁸ Zit. ebd.
- ¹⁶⁹ Zit. Notiz an das Polizeikommando Aarau. Muri, den 4. September 1942. Polizeikommando Nachrichtendienst. StAAG MF.3-PKO, Nr. 25874.
- ¹⁷⁰ Zit. Freiamt. In: Der Freischütz, 6. 8. 1940, S. 2.
- ¹⁷¹ Zit. ebd., S. 2.
- ¹⁷² Zit. ebd., S. 2.
- ¹⁷³ Zit. ebd., S. 2.
- ¹⁷⁴ Zit. ebd., S. 2.
- ¹⁷⁵ Zit. ebd., S. 2.
- ¹⁷⁶ Zit. ebd., S. 2.
- ¹⁷⁷ Zit. ebd., S. 2.
- ¹⁷⁸ Zit. Antwort auf die «Mitteilung» der Gerwa AG an die Bevölkerung des Bezirks Muri. In: Der Freischütz, 26. 1. 1937, S. 1.
- ¹⁷⁹ Zit. Der Teufel reitet. In: Der Freischütz, 14. 11. 1941, S. 3.